



FIGU ZEITZEICHEN

Aktuelles • Einsichten • Erkenntnisse



Erscheinungsweise:
Sporadisch

Internetz: <http://www.figu.org>
E-Brief: info@figu.org

8. Jahrgang
Nr. 176, Feb. 1, 2022

Organ für freie, politisch unabhängige Ansichten und Meinungen zum Weltgeschehen

Laut «Allgemeine Erklärung der Menschenrechte», verkündet von der Generalversammlung der Vereinten Nationen am 10. Dezember 1948, herrscht eine allgemeine «Meinungs- und Informationsfreiheit» vor, und dieses unumschränkte Recht gilt weltweit und absolut für jeden einzelnen Menschen weiblichen oder männlichen Geschlechts jeden Alters und Volkes, jedes gesellschaftlichen Standes wie auch in bezug auf rechtschaffene Ansichten, Ideen und jeglichen Glauben jeder Philosophie, Religion, Ideologie und Weltanschauung:

Art. 19 Menschenrechte

Jeder Mensch hat das Recht auf freie Meinungsäusserung; dieses Recht umfasst die Freiheit, Meinungen unangefochten anzuhängen und Informationen und Ideen mit allen Verständigungsmitteln ohne Rücksicht auf Grenzen zu suchen, zu empfangen und zu verbreiten.



Ansichten, Aussagen, Darstellungen, Glaubensgut, Ideen, Meinungen sowie Ideologien jeder Art in Abhandlungen, Artikeln und in Leserzuschriften usw. müssen in keiner Art und Weise zwingend identisch mit dem Gedankengut und den Interessen, mit der «Lehre der Wahrheit, Lehre der Schöpfungsenergie, Lehre des Lebens», wie auch nicht in irgendeiner Sachweise oder Sichtweise mit dem Missionsgut und dem Habitus der FIGU verbindend sein.

Für alle in den FIGU-Zeitzeichen und anderen FIGU-Periodika publizierten Beiträge und Artikel verfügt die FIGU über die notwendigen schriftlichen Genehmigungen der Autoren bzw. der betreffenden Medien!

Auf vielfach geäusserten Wunsch aus der Zeitzeichen-Leserschaft sollen in den Zeitzeichen zur Orientierung der Rezipienten laufend Auszüge diverser wichtiger Belange aus neuest geführten Kontaktgesprächsberichten veröffentlicht werden, wie nach Möglichkeit auch alte sowie neue Fakten betreffs weltweit bösartig mit Lügen, Betrug, Verleumdung und Mordanschlägen gegen BEAM geführte Kontroversen.

Peter McCullough im US-Senat: Wie konnten wir es zulassen, dass sie Husten und Schnupfen verteufeln, aber Herzentzündungen, Myokarditis und Herzinfarkte normalisieren?

uncut-news.ch, Januar 30, 2022

Es sei glasklar, dass Corona-Impfstoffe Myokarditis, eine Entzündung des Herzens, verursachen, sagte der Internist und Kardiologe Peter McCullough am Montag bei einer Podiumsdiskussion im US-Senat. Er bezog sich auf eine Arbeit, die eindeutig belegt, dass die Impfstoffe eine Myokarditis verursachen.

Die amerikanische Arzneimittelbehörde FDA stellt fest, dass die Impfstoffe von Pfizer und Moderna Myokarditis verursachen. Es gibt inzwischen 200 Veröffentlichungen zu diesem Thema, die zeigen, dass die Zahl der Fälle viel höher ist, als das CDC, das amerikanische Nationale Institut für öffentliche Gesundheit und Umwelt, jemals angenommen hatte, sagte McCullough

Die meisten Fälle treten in der Altersgruppe der 18- bis 24-Jährigen auf. Für diese Gruppe sind die Risiken der Impfstoffe viel höher als die Risiken von Corona, betonte der Arzt. Er fügte hinzu, dass auch schon Menschen an dieser Krankheit gestorben sind. Im Publikum sass der Vater eines Jungen, der an der Krankheit starb.

«Jeder Todesfall ist einer zu viel», sagte McCullough in einer emotionalen Rede. «In den Vereinigten Staaten wurden 21'000 Fälle von Myokarditis von der CDC bestätigt.»



Junge Menschen sollten unter keinen Umständen einen dieser Impfstoffe erhalten, geschweige denn dazu gedrängt werden, sagte er.

Quelle: <https://uncutnews.ch/peter-mccullough-im-us-senat-wie-konnten-wir-es-zulassen-dass-sie-husten-und-schnupfen-verteufeln-aber-herzentzuendungen-myokarditis-und-herzinfarkte-normalisieren/>

In Südafrika bricht die Covid-Erzählung auseinander

uncut-news.ch, Januar 30, 2022

Letzte Woche veröffentlichte die China Daily einen Artikel, der das magische Denken, das sich weltweit um Covid-19 rankt, perfekt auf den Punkt bringt. Unter dem Titel «Plädoyer für Impfungen, obwohl die Infektionen in Afrika tendenziell zurückgehen» wurde beschrieben, wie afrikanische «Gesundheitsexperten» «verstärkt dazu aufrufen, sich gegen COVID-19 impfen zu lassen, um künftige Ausbrüche zu verhindern, obwohl die Trends auf einen Rückgang der Wachstumsrate bei Neuinfektionen hindeuten.»

Das ist richtig, trotz eines klaren Abwärtstrends bei den meist milden Omicron-Fällen wollen «Gesundheitsexperten» die Impfungen wahllos der gesamten Bevölkerung aufzwingen. Und was die kognitive Dissonanz noch verstärkt, sind die Gründe, die sie für diesen Rückgang anführen:

«John Nkengasong, Direktor des CDC in Afrika, führt den Rückgang der Neuinfektionen in Südafrika auf die erhöhte Anzahl von Antikörpern in der Bevölkerung zurück, was bedeutet, dass viele Menschen infiziert wurden und daher Antikörper entwickelt haben, in Kombination mit der hohen Impfrate im Land», schreibt Edith Mutethya, bevor sie hinzufügt: «Bis heute hat Südafrika 27,3 Prozent seiner Bevölkerung vollständig geimpft.»

Dies ist natürlich ein perfektes Beispiel dafür, wie «Gesundheitsbeamte» die Fakten massieren und manipulieren, damit sie in ihr Narrativ passen. In diesem Fall erzählt uns Nkengasong in seinem Bestreben, mehr zu «impfen», lachhaft, dass die «hohe Impfrate» des Landes teilweise für den Rückgang der Omikron-Fälle verantwortlich ist. Eine «hohe Impfrate» liegt in diesem Fall bei ... warten Sie es ab ... 27,3 Prozent.

Zugegeben, 27,3 Prozent sind höher als die mageren 10 Prozent Vollimpfungsrate im übrigen Afrika. Aber angesichts dieser niedrigen Prozentsätze, vor allem nach westlichen Massstäben, könnte man meinen, dass Covid-19 wie ein Lauffeuer über den Kontinent wütet, die Krankenhäuser überschwemmt und massenhaft Tod und schwere Krankheiten hinterlässt.

Aber das ist überhaupt nicht der Fall. Nicht einmal annähernd. Tatsächlich ist die Zahl der Todesfälle pro Million in den meisten Ländern Afrikas erstaunlich niedrig. Tunesien, ein kleines Land mit 12 Millionen Einwohnern, liegt mit ~2200 an der Spitze, und nur fünf weitere Länder – Südafrika, Namibia, die Seychellen, Eswatini und Botswana – liegen über 1000. Dies steht in krassem Gegensatz zu den Vereinigten Staaten mit ~2600, Brasilien mit ~2900 oder Bulgarien und Ungarn mit jeweils mehr als 4000.



Dennoch, so der regionale Notfalldirektor der Weltgesundheitsorganisation Abdou Gueye: «Obwohl Afrika den Höhepunkt seiner vierten Pandemiewelle hinter sich zu haben scheint, ist der Impfschutz, der eine entscheidende Massnahme gegen das Virus darstellt, immer noch viel zu niedrig. Etwa 50 Prozent der Weltbevölkerung sind vollständig geimpft. In Afrika sind es nur 10 Prozent.

Nach einem Höchststand von 37'875 gemeldeten Fällen am 12. Dezember 2021 ist die Zahl der Fälle in Südafrika – der «Heimat» der Omikron-Variante, die jetzt den Globus beherrscht – seither stetig zurückgegangen. Wie kann das sein? Nkengasong erzählt eine Teilwahrheit, indem er teilweise die natürliche Immunität anführt. Hier hätte er aufhören sollen. Warum hat er das nicht getan? Ich behaupte, dass es an dem magischen Denken liegt, das die Covid-Impfstoffe umgibt. Selbst eine mickrige Impfquote von 27,3, so seine Begründung, muss zum Rückgang beigetragen haben. Ich wünschte, die Gesundheitsbehörden hier in den USA wären so grosszügig. Stattdessen wird das Drittel des Landes, das nicht geimpft ist, für alles verantwortlich gemacht, von der Verbreitung von Viren bis hin zum Schwarzen Tod.

Man sagt uns, dass Impfstoffe gegen ein Spike-Protein, das nicht mehr vorherrschend ist, der Schlüssel zur Beendigung der Pandemie sind, aber man weigert sich, im Lichte der jüngsten Daten zu erklären, wie genau. Stattdessen lassen unsere Oberherren zu, dass die Mehrheit der Öffentlichkeit fälschlicherweise den Ungeimpften die Schuld an der Ansteckung und Ausbreitung gibt, obwohl sie genau wissen, dass die Geimpften genauso verantwortlich sind.

Warum wütet das Virus wieder in Israel, dem am meisten geimpften und aufgefrischten Land der Welt? Warum gibt es keinen statistischen Unterschied zwischen den Virusinfektionsraten in hochgeimpften und weniger geimpften Gebieten in den Vereinigten Staaten? Warum haben die Ungeimpften die niedrigste Infektionsrate, wie beunruhigende neue Daten aus Schottland zeigen? Ich könnte noch viele weitere Fragen stellen. (Und ja, wir haben die gleichen Fragen über die Verwendung von Masken gestellt.)

Die traurige, tragische Tatsache ist, dass ihre Massnahmen, von Absperrungen über Masken bis hin zu Impfvorschriften, wenig bis gar nichts zur Eindämmung der Ausbreitung dieses hochansteckenden Atemwegsvirus beigetragen haben, und insgesamt haben sie wahrscheinlich mehr Schaden als Nutzen gebracht. Es macht mir keine Freude, dies zu betonen. Ich wünschte wirklich, es HÄTTE etwas funktioniert. Dann würden wir jetzt, zwei Jahre später, nicht darüber reden. Aber leider ist das Einzige, was funktioniert, die Abschwächung des Virus und die Infektion von Omikron mit allem, was es berührt, unabhängig von Maskierung oder Impfstatus.

Es ist nicht so, dass diese Impfstoffe nicht ihre Berechtigung hätten. Wenn bei jemandem ein hohes Risiko für einen schlechten Ausgang von Covid besteht, könnten eine Impfung und sogar endlose Auffrischungen eine kluge Entscheidung sein. Aber vor einem Jahr wurde uns etwas anderes versprochen, nicht wahr? «Nehmen Sie die Spritze», sagte man uns, «und Sie können ein normales Leben ohne Masken und Einschränkungen führen.»

Dieses Versprechen wurde, wie so viele andere, gebrochen und in den Mülleimer der vielen anderen «edlen Lügen» der Faucisten verbannt.

Versuchen Sie einmal, mit acht Masken, aber ohne Impfausweis ein Restaurant in New York City oder Chicago zu betreten, und sehen Sie, was Sie davon haben. Gehen Sie in fast jedes grosse Restaurant oder Einzelhandelsgeschäft des Landes, selbst hier im östlichen Tennessee, und jeder Angestellte wird zwangsvermascht sein. Es scheint, je mehr die Impfstoffe nicht funktionieren, um diese Pandemie zu stoppen, desto mehr verdoppeln unsere Oberherren den Unsinn. Zum Glück entlarvt die Verbreitung von Omikron ihre Absurdität für die ganze Welt, wenn die Leute nur hinsehen würden.

«Aber, aber, aber ... es wäre schlimmer gewesen», erwidern die Leute selbstgefällig. Ich verweise einfach auf Südafrika, wo Omikron in den letzten Zügen liegt, trotz eines schlechten Gesundheitssystems, eines Grossteils der Bevölkerung, der in Armut lebt, und einer Impfquote, bei der Joe Biden wirklich die Geduld verlieren würde.

QUELLE: THE COVID NARRATIVE FALLS APART IN SOUTH AFRICA

Quelle: <https://uncutnews.ch/in-sudafrica-bricht-die-covid-erzahlung-auseinander/>

Erklärungsversuch des methodischen Wahnsinns | Von Rainer Rupp

uncut-news.ch, Januar 30, 2022

Ein Kommentar von Rainer Rupp.



In einer Nacht und Nebelaktion hat Professor Karl Lauterbach, der derzeit in Berlin noch (!) den Impf-Minister spielen darf, die offizielle Geltungsdauer des Genesenen-Status halbiert und von sechs Monaten auf 3 Monate herabgesetzt. Damit hat dieser seltsame Professor der «Wirrologie» ohne Vorwarnung, von einem Tag auf den anderen, Millionen und aber Millionen Menschen unseres Landes mit feudal-herrschaftlichem Federstrich auf den Aussätzigen-Status von Ungeimpften herabgestuft.

Diese Millionen von plötzlich nicht mehr «genesenen» Menschen müssen jetzt dieselben Nachteile, dieselben Schikanen und erniedrigenden Behandlungen erdulden, die von den autoritär herrschenden «Eliten» gegen das störrische «Pack» der Ungeimpften erlassen worden sind, um deren Fügsamkeit zu erzwingen. Mit Erschrecken kann dabei beobachtet werden, wie die Umsetzung dieser oft absurden oder auch in sich selbst widersprüchlichen Massnahmen gegen die Minderheit der Andersdenkenden nicht selten mit sadistischer Freude von Lauterbachs willigen Helfern in Polizei, Ordnungs- und Gesundheitsämtern erzwungen und von zahlreichen Denunzianten im Stil von NAZI-Blockwarten unterstützt wird.

Ein echter Virologe, Klaus Stöhr, hatte letzte Woche in einem Interview angesichts der irrationalen Sprunghaftigkeit des Bundesgesundheitsministers von dem «irrlichternden Lauterbach» gesprochen. Damit hat er das manische Verhalten des Möchte-Gern-Virologen, der im realen Leben Krankenhaus-Management studiert hat, treffend beschrieben. Ausserdem hat Stöhr dem Lauterbach in demselben Interview vorgeworfen, «weit entfernt von wissenschaftlichen Grundlagen» zu agieren. Weniger diplomatisch ausgedrückt, heisst das, dass Lauterbach im wissenschaftlichen Blindflug und nur nach seinem wirrologischen Bauchgefühl das Pandemiegeschehen steuert. Deshalb dürfte er in seiner Position als Bundesminister für Gesundheit eine grössere Katastrophe für unser Land sein als die Pandemie selbst, oder das, was noch davon übrig ist. Zwar war Lauterbach bei der Pandemie-Konferenz von Bund- und Länderministern am Montag dieser Woche wegen seiner Nacht- und Nebelaktion zur Herabstufung des Genesenen-Status, von etlichen Teilnehmern zurechtgestutzt worden aber am Ende siegte die politische Klüngelei. Aber die Ampel-Koalition zeigte sich gegenüber den Angriffen der Opposition – vor allem von der CDU – als eine geschlossene Front. Denn so kurz nach der Regierungsbildung konnte man sich auf keinen Fall eine Rücktrittsdiskussion über ihren, von den Medien zum Gesundheitsminister der Herzen erhobenen Lauterbach erlauben. Als dann auch noch Bundeskanzler Scholz eine Lanze für Lauterbach brach, war der gerettet und er wird leider weitermachen, wie bisher, mit lärmendem Aktivismus und wortstarken Verweisen auf angeblich «wissenschaftliche» Studien aus ihm genehmen Quellen, während er zugleich evidenz-basierte Studien vor seiner Nase ignoriert, wenn sie nicht in sein Konzept passen.

Wer es sich antut und Lauterbach bei seinem Blah, Blah, Blah zuhört, wird am Ende wenig verstanden haben, ausser seiner ständigen Betonung, wie ernst er als Wissenschaftler die Wissenschaft nimmt und dass er deshalb täglich neue Studien liest. Aber die angeblich wissenschaftlichen Studien, auf die er sich zur Rechtfertigung seiner plötzlichen Herabsetzung des Genesenen-Status bezieht, scheint ausser ihm niemand zu kennen.

Dagegen werden Studien international angesehener Institute und Forscher, die seinem Narrativ zuwiderlaufen, von Lauterbach mit ausserordentlicher Sturheit ignoriert. Dazu gehörten in jüngster Zeit auch die wissenschaftlichen Ergebnisse aus Südafrika und weitere Studien zu Omikron, die darauf hinweisen, dass die Omikron-Variante zwar hoch-infektiös ist, sich dafür aber durch einen weitgehend harmlosen Verlauf auszeichnet. Laut dieser Studien bringe Omikron wegen seiner vielen Mutationen eine Eigenschaft mit, die laut Experten sogar ein baldiges Ende der Pandemie und den Übergang zu einer Grippeähnlichen, alljährlichen Endemie versprechen.

Vollkommen absurd wird Lauterbachs Verkürzung des Genesenen-Status unter Verweis auf die «Wissenschaft», wenn eine am 21. Januar veröffentlichte Studie des Paul-Ehrlich-Instituts belegt, dass Genesene sogar länger als ein Jahr gut geschützt sind. Überraschend ist das Ergebnis nicht, denn beispielsweise die

Berliner Charité hatte bereits im August vergangenen Jahres herausgefunden, dass frühere Erkältungen mit anderen, seit langem in der Bevölkerung zirkulierenden Corona-Viren die Immunreaktion gegen SARS-CoV-2 verbessern.

Lauterbachs politische und unwissenschaftliche Entscheidung über die Dauer des Genesenen-Staus ist angesichts der Ergebnisse der PEI-Studie ein Skandal.

Ganz sicher ist davon auszugehen, dass das Bundesgesundheitsministerium viele Wochen vor der offiziellen Veröffentlichung der PEI-Studie über das Ergebnis informiert worden ist! Demnach bilden einmal mit dem SARS-CoV-2-Virus infizierte Menschen ein langanhaltendes, starkes Immun-Gedächtnis in ihrem Körper aus, aktuell über 430 Tage seit Beginn der Studie und das Ende der Wirkdauer ist nicht in Sicht.

Warum dann hat Lauterkrach trotzdem den Genesenen-Status verkürzt?

Auf diese Frage gibt es drei mögliche Erklärungen, von denen die ersten zwei fraglos den sofortigen Rücktritt Lauterkrachs oder dessen Entlassung erfordern würden und bei der dritten den Rücktritt der gesamten Scholz-Regierung.

Im ersten Fall haben die Top-Mitarbeiter im Gesundheitsministerium die Brisanz der PEI-Studie verkannt und den Minister, der ja sonst angeblich so viele wissenschaftliche Studien liest, nicht informiert.

Das würde bedeuten, dass der Minister in einer Frage, die Millionen Menschen existenziell betrifft, seinen Apparat nicht im Griff hat und am besten seine Sachen packt, um grösseres Unheil zu verhüten.

Im zweiten Fall wurde der Minister über die PEI-Studie unterrichtet, aber er hat deren Ergebnisse ignoriert, da sie – ebenso wie die südafrikanischen Studien zu Omikron – nicht in sein mit hohem persönlichem Einsatz verfolgtes politisches Konzept des allgemeinen Impfwangs passt. In diesem Fall trifft den Minister zusätzlich zu seiner institutionellen Verantwortung für den katastrophalen Fehler eine noch grössere persönliche Schuld für das millionenfache Ungemach und Leid, das er über Nacht über die Genesenen gebracht hat.

Im dritten Fall ist es nicht nur Lauterkrach, sondern die ganze Bundesregierung, die mit einer sturen auf Teufel-komm-raus-Mentalität nicht nur den Impfwang gesetzlich durchsetzen, sondern auch in Zukunft regelmässig gegen Covid-19 weiter spritzt will. Dafür hätte zumindest die SPD-geführte Bundesregierung eine hohe Motivation, wobei der Gesundheitsschutz der Bevölkerung ganz bestimmt keine Rolle spielt. Die Regierung muss nämlich mit den über 500 Millionen Impfdosen, die sie hat, möglichst schnell irgendwas anfangen, sonst droht wieder ein Skandal, wie nach dem Ende der Tamiflu-Kampagne gegen die Schweinegrippe im Jahr 2009.

Laut Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Partei AFD im Bundestag hat Deutschland mit Stand vom 16. Dezember 2021 aus den EU-Verträgen zur Beschaffung von Coronaimpfstoff in verschiedenen Tranchen rund 554 Millionen Impfdosen bestellt.

Mit 500 Millionen Dosen kann man die deutsche Bevölkerung von 83 Millionen Menschen mindestens sechs Mal spritzen, vom Baby bis zum Greis. Ist das der Grund, weshalb unsere Polit-Eliten angesichts des drohenden Endes der Pandemie so sehr darauf erpicht sind, in immer kürzeren Abständen die ganze Herde mit sogenannten «Auffrischungsimpfungen» gegen angeblich neue Coronavarianten zu beglücken. Aber dafür sind die diese «Auffrischungsimpfungen» gar nicht geeignet, denn laut Professor Streeck bieten diese nur Schutz gegen den ursprünglichen Virus, der aus dem chinesischen Wuhan zu uns kam und der inzwischen längst verschwunden ist.

Da die Inhaltsstoffe der so genannten Auffrischungsimpfung nicht gesondert von der Europäische Zulassungsbehörde EMA getestet wurde und auch keine eigene Zulassung erhalten haben, ist zwingend davon auszugehen, dass es sich bei den Auffrischungsstoffen um ein und dasselbe mRNA-Zeug handelt, das seit seiner Notzulassung durch die EMA an den deutschen «Versuchskaninchen» ausprobiert wird. Der Ausdruck stammt übrigens von unserem aktuellen Bundeskanzler Scholz, der noch als SPD-Kanzlerkandidat im Herbst 2021 Geimpfte als «Versuchskaninchen» bezeichnet hat.

Tatsächlich hilft die mRNA-Methode nur zielgerichtet gegen eine bestimmte Corona-Variante, aber sie vermittelt keine Grundimmunität gegen die ganze Corona-Familie. Und trotzdem wird wider besseres Wissen weiter gegen den nicht mehr existierenden Wuhan-Virus gespritzt, während in den Medien die Hoffnung erweckt wird, dass es auch gegen die neue Omikron Variante hilft. Aber da der Omikron-Verlauf bei Infizierten ohnehin sehr mild ist, werden die Propagandisten dies auf die Wirksamkeit der «Auffrischungsimpfung» zurückführen, nach dem Motto: «Er hatte Omikron aber dank der Auffrischung ist er nicht schwer erkrankt.»

Der Wahnsinn hat Methode, wozu auch die Pläne gehören, alle Ungeimpften zwangszuspritzen.

Neben der Möglichkeit, überschüssige Impfbestellungen abzubauen, haben die Herrschenden hier ein weiteres starkes Motiv, das sie zunehmend unter Druck setzt. Denn seit Beginn der mRNA-«Impf»-Kampagne hat die nicht-Covid-Sterblichkeit stark zugenommen, was die düsteren Befürchtungen der Gegner der mRNA-Impfmethode zu bestätigen scheint. Von dieser nicht durch Covid verursachten, Übersterblichkeit von dramatischem Ausmass hatten jüngst in den USA die Lebensversicherungen berichtet und ein Bericht des Statistischen Bundesamts hat kürzlich eine ähnliche Entwicklung in Deutschland bestätigt.

Das Problem für die Herrschenden ist, solange eine starke ungeimpfte Minderheit im Land existiert, gibt es eine Kontrollgruppe in Bezug auf die Geimpften. Nur wenn möglichst alle Menschen mit dem mRNA-Zeug gespritzt sind, wird ein Vergleich der gesundheitlichen Entwicklung zwischen den beiden Gruppen im Verlauf der weiteren Jahre nicht mehr möglich sein. Dann wäre es sehr schwer, den Herrschenden ihre Verbrechen gegen die Menschlichkeit nachzuweisen.

Allerdings hat die Scholz-Regierung noch ein weiteres «Impf-Problem». Da die SPD als Juniorpartner in der Merkel-Regierung für die Bestellung der 550'000'000 Impfdosen mitverantwortlich ist, kann sie jetzt unmöglich riskieren, dass die Überbestellung an Covid-19 Impfstoffen in einem grossen Skandal über die Verfilzung zwischen BIG-Pharma und Politik und Milliarden Euro schweren Geschäften explodiert. Das würde den höchst peinlichen Skandal um Tamiflu vor zehn Jahren um ein Vielfaches übertreffen und die aktuelle Ampelkoalition in ihrer Existenz gefährden. Deshalb ist zu erwarten, dass sich Grüne und FDP in der Covid-Politik hinter Scholz und auch weiter hinter Lauterkrach stellen.

Eine Lösung des Problems der überbestellten Impfdosen deutete sich jedoch diese Woche an. Im Bundestag wurde vergangenen Mittwoch der Impfwang debattiert und eine der vorgeschlagenen Optionen, die auch von Lauterkrach lautstark als persönliche Meinung propagiert wurde, heisst: alle Bürger der Bundesrepublik – auch die, die bereits zweimal geimpft und einmal geboostert sind, sollen im Rahmen des Impfwangs weiterhin in bestimmten Abständen gespritzt werden, allerdings maximal nur noch 3 Mal.

Interessanterweise würde das bedeuten, dass dann jeder Einwohner Deutschlands insgesamt 6 Mal gespritzt ist und damit die 550 Millionen Dosen weitgehend aufgebraucht wären. Anders als damals bei Tamiflu hätten die Politiker keine Rechtfertigungsproblem mehr für die kostspieligen, aber unnützen mRNA-Bestellungen, die zwangsläufig den Verdacht auf Korruption nähren, zumal es bei den Impfdosen um ganz andere Summen ging als bei den korrupten Schutzmasken-Deals, bei denen etliche Bundestags- und Landtagsabgeordneten aufgefliegen sind.

Quelle: <https://uncutnews.ch/erklarungsversuch-des-methodischen-wahnsinns-von-rainer-rupp/>

Impfpflicht und Impfdruck zeugen von einem Mangel an Respekt, den man in anderem Zusammenhang als kriminell einstufen würde.

von Roland Rottenfusser, Samstag, 29. Januar 2022, 15:57 Uhr



Foto: Dean Drobot/Shutterstock.com

Es sind ausgerechnet jene Kräfte, die sich besonders für den Schutz der Frauen vor sexueller Belästigung und für die Autonomie über den eigenen Körper eingesetzt haben: Grüne, Linke und SPD hatten sich im Verein mit sich modern gebenden Konservativen besonders an die Me-too-Bewegung und die von Feministinnen erhobene Forderung «My body, my choice» angehängt. Nun geben sie unter Verweis auf ein sattem bekanntes Virus all diese Grundsätze auf. Plötzlich scheint das Motto zu lauten: «Mein Körper gehört dem Staat.» Und aus dem für die Menschenwürde unverzichtbaren Motto «Nein heisst nein» wurde: «Den klopfen wir schon noch weich, wenn wir nur hartnäckig genug sind.» Der Staat verhält sich wie ein peinlich uneinsichtiger «Verehrer», der alle Grenzen überrennt und letztlich selbst vor Gewalt nicht zurückschreckt, um etwas in den Körper von Bürgern einzuführen, was diese dort erklärermassen nicht haben wollen. Eine allgemeine Impfpflicht würde diese Entwicklung auf die Spitze treiben.

Leider leben wir in einer Zeit, in der sich das pathetisch klingende Wort «Verrat» überall aufdrängt. Was haben die 2G-Kirchen noch mit echtem Christentum zu tun, was der Ethikrat mit Ethik, was das Verfassungsgericht mit unserem Grundgesetz, was die parlamentarische Opposition mit Oppositionsarbeit? Und wo üben heutige Medien noch eine Kontrollfunktion gegenüber der Regierung aus? Natürlich ist diese Darstellung arg pessimistisch, denn gewiss gibt es in den Kirchengemeinden und anderen derzeit ziemlich angepassten Bevölkerungsgruppen auch aufrechte Menschen. Und aus den Trümmern der Institutionen

erhebt sich jetzt unbestechlich und ungebrochen – der Mensch. Immer mehr Einzelne scheinen aus monatelanger politischer Antriebslähmung zu erwachen, schliessen sich zusammen, «stehen zusammen» – was in diesem Fall buchstäblich zu verstehen ist.

Trotz einiger Hoffnungszeichen herrschen für viele jedoch noch immer Gefühle der Verzweiflung und Angst vor, stecken wir in einem Winter fest, der in vieler Hinsicht noch dunkler wirkt als der vergangene. Die Herrschenden haben es geschafft, dass sie uns – zumindest die kritischen und ungeimpften Menschen – mit einer finsternen Drohung ins neue Jahr schicken. Noch schlimmere Zahlen – «Omikron» –, noch härtere Massnahmen, schliesslich der ultimative Zugriff auf die Körper von Millionen Widerstrebenden: die «Impfpflicht». Der Staat will gegen unseren Willen in uns eindringen und Substanzen in uns einspritzen, die wir – aus welchen verständlichen oder unverständlichen Motiven auch immer – dort nicht haben wollen. In anderem Kontext nennt man das auch Vergewaltigung.

Übergriffige «Verehren»

Dieser Begriff dürfte vielen übertrieben vorkommen und Abwehrreflexe auslösen. Ich bezweifle nicht, dass Menschen, die sexuelle Gewalt erlebt haben, in den meisten Fällen schwerer traumatisiert sind als solche, die sich zu einer Impfung haben überreden lassen. Zum Beispiel weil sie sonst ihren Arbeitsplatz verloren hätten oder der Weg zur Arbeit für sie nicht mehr organisierbar gewesen wäre. Von denen abgesehen, die ihre Impfung mit dem Tod oder mit chronischen Krankheiten bezahlen mussten, dürfte es den meisten nur aufgrund gesellschaftlichen Drucks Geimpften besser gehen als Vergewaltigungsopfern. Dennoch sollte auch das Überrennen der Körperschranken durch einen übergriffigen Staat in seiner Wirkung auf die Psyche nicht kleingeredet werden.

Ich kann nur an die Opfer schwerer Verbrechen appellieren, den Opfern von vielleicht weniger gravierenden Übergriffen nicht ihre Solidarität zu verweigern – sich nicht einspannen zu lassen von der Propaganda, um Menschen, die unbequeme Vergleiche anstellen, als «Bagatellisierer» abzukanzeln. Gewalt und Nötigung sind immer schweres Unrecht, und Menschen, die sie erlitten haben, sollten zusammenhalten.

Warum überhaupt hat sich der Slogan «Nein heisst nein» in der öffentlichen Diskussion über Sexismus und sexuelle Belästigung derart durchgesetzt? Drückt dieser Satz nicht eine pure Selbstverständlichkeit aus? Offenbar nicht, denn für viele Männer, speziell auch in Machtpositionen, bedeutete das Nein einer Frau eher «Schauen wir mal». Ein Nein wird von diesen als Aufforderung interpretiert, ihre «Überredungsbemühungen» zu verstärken – so lange, bis die Betroffene lieber resigniert nachgibt als auf ihrem Widerstand zu beharren. Für ganze Kerle war und ist es eine Ehrensache, nicht zu schnell klein beizugeben: «Eigentlich will sie es doch auch – sie braucht nur etwas Zeit und Hartnäckigkeit, um sich bewusst zu werden, was gut für sie ist.»

Natürlich gab und gibt es so etwas wie ein Spiel zwischen Mann und Frau, bei dem Zögern als eine Art Stilmittel eingesetzt wird, um das zu erreichende Ziel noch begehrenswerter zu machen. Doch diese Beobachtung wurde von zudringlichen Verehrern oft bewusst missverstanden. Selbst eine klare Vergewaltigung kann so als die Exekution des «eigentlichen» Willens einer Frau gedeutet werden, die vielleicht nur zu schüchtern ist, sich der amourösen Brillanz ihres Eroberers sofort und ohne Zögern hinzugeben. Und, ja, ich vergleiche dieses Verhalten aufdringlicher Männer mit dem gegenwärtig aufgebauten Impfdruck.

Impf-Missionare begreifen schlicht nicht, dass ihr Typ nicht immer und überall gefragt ist. Ihre Einstellung gegenüber Menschen, die ihnen nicht zu Willen sind, kann in etwa so zusammengefasst werden: «Auch wenn ich spüre, dass du es nicht willst – ich will es, und da ich der Stärkere bin, wird dir schon nichts anderes übrigbleiben, als mich gewähren zu lassen. Wie du dich dabei fühlst, interessiert mich nicht.»

Überrannte Grenzen

Vielleicht bin ich als Mann, der nie Opfer sexueller Gewalt geworden ist, in diesen Fragen nicht kompetent. Aber ich bin sicher: Überall in Deutschland gibt es jetzt Frauen und auch Männer, die – entsprechende Erfahrungen vorausgesetzt – einfach Angst haben, dass etwas geschehen könnte, was die schlimmste Erfahrung ihres Lebens wieder aufwühlt. Etwas, von dem sie nicht gedacht hätten, dass sie noch einmal damit konfrontiert würden, schon gar nicht seitens jener Instanz, die sich selbst gern als den Inbegriff des Rechts und des Schutzes der Bürger inszeniert: des Staates.

Die Brutalität, mit der die bisherigen Massnahmen zum «Gesundheitsschutz» durchgesetzt und propagandistisch gerechtfertigt wurden, lässt für die Betroffenen wenig Hoffnung zu, die Impfenthusiasten würden nun vor der Körperschranke haltmachen.

Maria Schneider ist eine von ihnen, und sie hat mir dankenswerterweise – anonymisiert – über ihre Erfahrungen Auskunft gegeben: «Vor vielen Jahren wurde ich einmal von einem Autofahrer, der mich beim Trampen mitgenommen hatte – nein, nicht vergewaltigt, sondern sexuell genötigt. So das männerfreundliche Urteil. Ich lüge nicht, es gibt dazu Unterlagen bei Gericht. In den Jahren der Therapie habe ich gelernt, NEIN zu sagen. Und dass Nein auch Nein heisst. Selbst bei Gewaltandrohung.»

Nun fürchtet Maria, dass im Zuge der Impfkampagne und der angedrohten «Pflicht» bei ihr alles wieder aufgewühlt werden und dass ihr mühsam errungener Therapieerfolg zunichte gemacht werden könnte.

«Beim Impfen geht es mir inzwischen genauso. Also ähnlich. Auf eine subtile, untergründige Weise erinnert mich die unablässige, penetrante Impf-Werbung – die mit immer grösserem Druck einhergeht, bis hin zu Androhung von Zwang und Beuge-Haft – an mein Erlebnis. Also, da kommen sehr ungute Erinnerungen bei mir hoch.»

Dabei geht es Maria noch gar nicht um die zu befürchtenden Impfschäden – diese Gefahr schwebt zusätzlich über ihr; es geht schlicht darum, dass ein gut organisierter Machtapparat dabei ist, ihren Willen zu brechen – die Entscheidung, die sie, aus welchen guten oder schlechten Gründen auch immer, nach reiflicher Überlegung für ihren eigenen Körper getroffen hat.

«Bei mir ist es so, dass ich im Rahmen der Therapie mein Unbewusstes gut erforscht habe und mir solche Zusammenhänge bewusst werden können. Auch dieses Einspritzen einer Substanz in den Körper, die ich dort nicht haben will – das führt bei mir innerseelisch zu der Haltung, dass ich wirklich NEIN meine, wenn ich Nein gesagt habe. Auch beim Impfen. Wenn ich Ja meinen würde, dann würde ich ja freiwillig zur Impfstation gehen.»

Freiwilligkeit aber ist offenbar das rote Tuch eines Machtsystems, das zunehmend auf Fremdbestimmung setzt. Freiwilligkeit erscheint heute geradezu wie ein Relikt aus den idyllischen Tagen der «alten Bundesrepublik», das in den Tagen eines uns schärfer ins Gesicht blasenden Winds der Geschichte auf dem Altar der Pflicht geopfert werden muss.

Vielfache Retraumatisierung

Aber stellt Maria Schneider mit ihrer Geschichte nicht eine Ausnahme dar? Der Wiener Psychiater Raphael Bonelli erzählt in seinem Video «Die Vergewaltigung von Ungeimpften» von einer steigenden Zahl von ungeimpften Patientinnen und Patienten, die sich durch den auch in Österreich starken Impfdruck «vergewaltigt» fühlen. Bonelli unterscheidet aus seiner therapeutischen Erfahrung heraus drei Gruppen: Menschen, die sich aus Überzeugung haben impfen lassen, «pragmatisch Geimpfte», die es taten, um wieder am gesellschaftlichen Leben teilnehmen zu können, und eine dritte Gruppe:

«Die Leute, die jetzt noch zur Impfung gedrängt werden sollen, diese Menschen empfinden das als Gewalt. Es wird sehr häufig in meiner Praxis von «Vergewaltigung» gesprochen. Das heisst: Ich muss mich impfen lassen, sonst verliere ich meinen Job. Aber ich will mich nicht impfen lassen.»

Nicht erst die in Österreich schon bald drohenden Geldbussen für «Verweigerer» werden von vielen Patientinnen und Patienten also mit diesem schweren Straftatbestand verglichen – auch der jetzt schon bestehende Druck, speziell auch der Ungeimpften drohende Verlust der beruflichen Existenz, ist für sie ein schlimmer Übergriff. Und in der Tat sind die Kündigung im Job – mit unabsehbaren Folgen für die eigene finanzielle Sicherheit – oder auch der Verlust des bisherigen sozialen Umfelds mitunter schwerere Strafen, als es Geldzahlungen über mehrere Tausend Euro sein könnten. Die «Pflicht» droht nicht nur in naher Zukunft, für viele existiert sie schon jetzt.

Bonelli weiter: «Wir dürfen nicht vergessen, dass die Impfung – also allein der Stich – eine Körperverletzung ist. Dann gibt's diese Substanz, von der man nicht weiss, welche Langzeitwirkung sie hat. Das alles empfinden Menschen eben als Vergewaltigung. Ich warne davor, diese Menschen zu stark in die Enge zu treiben. Da kommt's zu Verzweiflung, da kommt's zu Wut, und da kommt's wirklich zu Ausfallshandlungen.» Für Bonelli folgt diese Politik dem Prinzip «Der Zweck heiligt die Mittel». Für eine vielleicht geringere Ansteckungsgefahr werden schwere Eingriffe in die Freiheit beschlossen, die bisher in unserer Gesellschaft als illegitim angesehen wurden.

«Die Leute, die in der Politik geglaubt haben, dass sie durch unlautere Mittel zu einem richtigen Ziel kommen, die haben immer Schiffbruch erlitten. Ich finde es politisch respektlos, mit Menschen so umzugehen.» Eine Bemerkung am Rande: «Respekt» war das Motto, das im Wahlkampf 2021 auf allen Plakaten des damaligen Kanzlerkandidaten Olaf Scholz prangte. Die Verweigerung dieses Respekts gegenüber Millionen ungeimpfter Menschen erwies sich dann aber nicht nur als eines von vielen Projekten der frisch errungenen Kanzlerschaft – Scholz sah das Niederringen des Widerstands von noch nicht Gefügigen geradezu als seine vordringliche Aufgabe an.

«Mein Körper gehört mir»

Raphael Bonelli berichtete schon Anfang November 2021 von sich häufenden Verwendungen des Wortes «Vergewaltigung» seitens seiner Patienten. Er gibt deren Gefühle zusammenfassend so wieder: «Es wird mir Gewalt angetan. Man will, dass ich mich selbst schädige durch diese Körperverletzung. Man will, dass ich mir eine Substanz spritzen lasse, die ich nicht in meinem Körper haben will. Mein Körper gehört mir.» Und wenn es schon zu spät ist? «Die, die es gemacht haben, bereuen es teilweise. Ich habe Patienten, die sagen: eine dritte Impfung ganz sicher nicht.»

Dieser Bericht Dr. Bonellis ist jedoch schon einige Monate alt. Mittlerweile wissen wir, dass «Ungeboosterte» teilweise schon die gleiche brutale Ausgrenzung erdulden müssen wie Ungeimpfte. Gewiss, jeder von uns kennt viele Menschen, die von völlig unkompliziert verlaufenen Impfungen berichten. Dies wird in den mei-

sten Fällen der Wahrheit entsprechen – oder auch ein wenig eingefärbt sein durch den Wunsch, die einmal getroffene, irreversible Entscheidung, sich impfen zu lassen, bestätigt zu sehen.

Aber selbst wenn die gut verlaufene Impfung den Normalfall darstellt: Wer übernimmt die Verantwortung für die nicht wenigen Ausnahmen? Den Betroffenen selbst spricht man die Verantwortung ja offenbar ab. Was ist mit den auf die eine oder andere Art Traumatisierten, die mit dem Impfwang ein «Déjà-vu» erleben? Den Veganern, die gezwungen werden sollen, sich eine mithilfe von Tierversuchen entwickelte Substanz zu spritzen? Den Opfern der brutalen Zurichtung von Rekruten in Zeiten der Wehrpflicht, die ihren Staat nun wieder als übergriffig und absolut respektlos erleben müssen? Was ist mit den Menschen, die in Diktaturen gelebt haben – in der ehemaligen DDR oder auch als Migrierte in verschiedenen Unrechtsstaaten der Welt? Schliesslich:

Was soll mit Menschen geschehen, die mit ihrer ersten oder zweiten Spritze erlebt haben, was es ja angeblich gar nicht gibt: Schwere gesundheitliche Beeinträchtigungen; die diese Erfahrung aus verständlichen Gründen nicht wiederholen wollen und sich nun als «Ungeboosterte» oder einmal Geimpfte wie Ungeimpfte ausgegrenzt sehen?

Hier könnte mit der Impfpflicht eine Retraumatisierung stattfinden, die weitaus schlimmere psychische Abstürze mit sich bringt, als sie im Normalfall bei Zwangsgeimpften zu erwarten sind.

Erschreckender Niveauverlust

Und, ja, den Vergleich mit sexueller Nötigung müssen sich die Verfechter von Zwangsimpfungen anhören. Selbst wenn der momentane Zeitgeist Übertreibungen der Männerfeindlichkeit hervorgebracht hat, die es schwierig machen, bei der Partnersuche überhaupt die Initiative zu ergreifen — es war und ist richtig, dass eine breite Bewegung auf dem Grundsatz «Nein heisst nein» besteht. Auf der linken Seite des Parteienspektrums – also in Kreisen, in denen zum Beispiel Minderheitenschutz und Feminismus besonders gepflegt werden – gilt das körperliche Selbstbestimmungsrecht von physisch oder sozial schwächeren Personen als besonders schützenswert.

Eben aus den Parteien, die dieses «Milieu» vertreten, vernehmen wir aber nun einige der krudesten Äusserungen zur Impfpflicht. Baden-Württembergs Ministerpräsident Winfried Kretschmann etwa liess im Predigtton verlauten: «Das Impfen ist der Moses, der uns aus der Lage herausführt.» Tübingens Oberbürgermeister Boris Palmer drohte einer Impfkritikerin auf Facebook offen: «Für Leute wie Sie muss die Impfpflicht her. Wenn nötig, bis zur Beugehaft.»

Hier zeigt sich nicht nur die Arroganz, sondern auch die Brutalität der Macht, wenn im Rahmen einer zunächst sachlichen Auseinandersetzung einer der Diskutanten droht, er könne seinen Meinungsgegner in einen kleinen Raum sperren lassen – so lange, bis dieser unter der psychischen Folter tut, was von ihm verlangt wurde.

Frankreichs Präsident Macron indes liess eine schon sadistisch zu nennende Lust erkennen, ungeimpfte Menschen durch Zufügen von Qualen in die Impfbereitschaft hineinzuzwingen. Sein Satz heisst im Original: «Les non-vaccinés, j'ai très envie de les emmerder. Et donc on va continuer de le faire, jusqu'au bout. C'est ça, la stratégie.» Er werde die Ungeimpften also bis zum Ende nerven (wörtlich ungefähr: ankacken), und zwar – das ist fast der schockierendste Teil an diesem Satz – weil er Lust («envie») darauf hat.

Auf diesem Niveau agieren auch deutsche Akteure wie der Talkshow-Punk Sascha Lobo. Der verglich Corona-Andersdenkende nicht nur mit der Pest, sondern warf ihnen auch vor, quasi geistig zu stinken.

«Die unbewusste Ideologie der Denkpest ist wie unangenehmer Körpergeruch, Betroffene sind nicht ohne Weiteres in der Lage, es zu riechen – aber alle anderen leiden darunter.»

Mit solchen Äusserungen kommt man nur durch, wenn es der Führung eines Landes gelungen ist, fast die gesamte Medienlandschaft auf ihr eigenes geistiges und ethisches Niveau herabzudrücken. Wer derart auf die Würde vieler seiner Bürger «scheisst», der wird auch nicht zögern, die Verfügungsgewalt über deren Körper für sich zu beanspruchen.

Es bleibt dabei: Übergriffigkeiten der Art «Dein Körper gehört mir» erinnern an die Zustände in Sklavenhaltergesellschaften. Sie gehören in die Kriminalstatistik, nicht in die Diskurse demokratisch gewählter «Volksvertreter».

Die Grenzverletzungen von «Staatsorganen» nämlich sind schlimmer als die von Privatpersonen, weil die Geschädigten im ersteren Fall auf keinerlei Schutz des Gesetzes und auf keinerlei Anerkennung ihres Opferstatus hoffen dürfen. Sie sind vielmehr einem überlegenen Apparat völlig hilflos ausgeliefert und dürfen nicht einmal auf das Mitgefühl der meisten ihrer Mitbürger hoffen, denn das Volksbewusstsein ist bekanntlich ein Fähnlein im Wind der Macht.

Eine Politik der Respektlosigkeit

Der ganze Vorgang der «Impf-Überredungskunst» und der Impfnötigung, dem Skeptiker nun seit einem vollen Jahr ausgesetzt sind, zeugt von einem tiefgreifenden Mangel an Respekt. Selbst Kommentatoren, die sich gegen eine allgemeine Impfpflicht aussprechen, betonen meist beflissen, wie wichtig es ihnen sei, dass die von der Pflicht noch einmal gnädig Verschonten ersatzweise mit allen anderen zur Verfügung stehenden

Mitteln weichgekocht werden müssten. Dies könnte uns in jedem Fall blühen, falls sich die jetzt verschobene Impfpflicht als doch nicht durchsetzbar erweisen sollte. Man müsse dann eben die konventionellen Mittel der Aufklärung verstärken, wird es heissen, müsse «noch Impfunwilligen» die Segnungen der Spritze noch eindringlicher vor Augen führen.

Von Impfbussen an jeder Strassenecke, über Werbespots täglich vor dem «heute journal» bis hin zu ungebetenen Anrufen in jedem Haushalt reicht die Palette der Vorschläge. Auf diese Weise könnten auch noch die letzten bockigen Impfverweigerer in ihren Verstecken aufgescheucht und an ihre vaterländische Pflicht erinnert werden. Selbst gemässigte Kommentatoren des Geschehens unterscheiden meist rhetorisch zwischen zwei Gruppen: «Wir» und «Die Ungeimpften», die man zwar tolerieren, jedoch auch mit sanfter Eindringlichkeit im Sinne der herrschenden Agenda bearbeiten müsse. Der Ungeimpfte selbst gehört niemals zur «Wir»-Gruppe.

Ganz offenbar entspringt diese Einstellung einer zutiefst totalitären und antipluralistischen Geisteshaltung, die in einem demokratischen Gemeinwesen nichts zu suchen hat. Nicht «Impfunwillige» sollten – wie es jetzt in Deutschland vielfach geschieht – das Land verlassen; umgekehrt sollten Menschen mit einem gestörten Verhältnis zu den Grundrechten, zu Toleranz und Pluralismus die von ihnen präferierte andere Republik besser anderswo errichten.

Die Bundesrepublik Deutschland jedenfalls war von ihren Architekten und von den Generationen derer, die das Land über Jahrzehnte im demokratischen Geist am Leben gehalten haben, so nicht gedacht gewesen. Nicht als eine Republik der Einschüchterer, Denunzianten und Duckmäuser, sondern als ein Ort, an dem freie Bürger ihre Verantwortung gegenüber den dunklen Perioden der deutschen Geschichte wirklich ernst nehmen und etwas Neues erschaffen. Etwas, was gerade in unserem Land offenbar so furchtbar schwerfällt. Ein Land sollte entstehen, in dem der Grundsatz «Leben und leben lassen» gilt, in dem das Verschiedenartige in gegenseitigem Respekt koexistieren kann.

Freiheit ist deshalb heute nicht zuletzt auch die Freiheit des – über Impfung – Andersdenkenden.

Quelle: <https://www.rubikon.news/artikel/nein-heisst-nein>

Patentierter Kontrollwahn: Der digitale Impfpass dient als Vorwand für eine nie mehr endende Gesundheitsdiktatur.

von Simone Hörrlein, Samstag, 29. Januar 2022, 15:00 Uhr

Seit Beginn des Corona-Viruswahns werden Menschen weltweit darauf konditioniert, eine Rückkehr zur Normalität gäbe es erst, wenn die gesamte Weltbevölkerung geimpft ist. Ein nicht unerheblicher Teil der Menschen hat sich deshalb diesem Experiment unterzogen, doch die Rückkehr in die versprochene Normalität blieb bisher aus. Stattdessen wird nun vonseiten der Regierungen der Schrei nach einem digitalen Impfpass immer lauter. Weshalb dieser unbedingt benötigt wird, zeigt ein aktuelles Patent vom August 2021. Geht es nach den Erfindern, soll es nie wieder eine wie auch immer geartete Normalität geben. Das Patent, welches die Totalüberwachung via Mobiltelefon vorsieht, öffnet die Büchse der Pandora. Schafft es die Erfindung in die praktische Umsetzung, wären Freiheit und Selbstbestimmung ein für allemal dahin, an ihre Stelle träten Überwachung und totale Kontrolle, und zwar nicht nur unseres Gesundheitszustandes, sondern womöglich unseres gesamten Lebens.



Foto: OSORIOartist/Shutter stock.com

Am 18. März 2021 wurde beim US-amerikanischen Patentamt ein Antrag eingereicht, dem bereits am 31. August 2021 – also nur vier Monate später – stattgegeben wurde. Das Patent US11,107,588B2 mit dem Titel «Methodes and Systems of Prioritizing Treatments, Vaccination, Testing and/or Activities while Protecting the Privacy of Individuals», auf deutsch: «Verfahren und Systeme zur Priorisierung von Behandlungen, Impfungen, Tests und/oder Aktivitäten bei gleichzeitigem Schutz der Privatsphäre von Personen» entpuppt sich bei näherer Betrachtung als Albtraum einer jeden freien Gesellschaft.

Das Patent, das im August 2020 auch beim israelischen Patentamt angemeldet wurde, ist extrem umfangreich und sieht die lückenlose Überwachung unseres Gesundheitszustandes und die damit einhergehende komplette Aushebelung des Datenschutzes vor.

Wer sind die Erfinder?

Erfinder des Patentes sind die renommierten und weltweit anerkannten Patentanwälte Gal Ehrlich und Maier Fenster. Ehrlich und Fenster sind Gründer der Ehrlich Group, die sich mit ihren 43 Experten um die globale Vermarktung des intellektuellen Eigentums internationaler Universitäten, globaler High-Tech-Unternehmen und innovativer Start-ups kümmert.

Die Erfinder sind aber nicht nur Patentanwälte, sie verfügen auch über eine wissenschaftliche Expertise und sind zudem weltweit vernetzt. Ehrlich besitzt einen Bachelor in Biologie und hat in der Gentechnologie promoviert. Sein Partner Fenster hat einen Master in Computerwissenschaften und einen Bachelor in Mathematik und Physik, ausserdem war er an über 40 weiteren hochinteressanten Patentanmeldungen in den Bereichen Software und Medizintechnik beteiligt.

Darüber hinaus war Fenster Mentor des Talpiot-Programms, das die israelischen Verteidigungskräfte (IDF) 1979 ins Leben gerufen haben, ein Elitetrainingsprogramm für solche Rekruten, die herausragende akademische Fähigkeiten in der Wissenschaft sowie Führungspotenzial bewiesen haben. Die Absolventen dieses Programmes sollen dafür sorgen, dass militärische Forschung schnellstmöglich ihren Weg in die Zivilgesellschaft findet.

Klassifizierungen in der Patentschrift

Um das Potenzial der Erfindung im Detail zu erfassen, werfen wir kurz einen Blick auf die Klassifizierungen in der Patentschrift, die von Big Data bis zu künstlicher Intelligenz reichen.

G16H50/80 ICT (Anmerkung: ICT steht für Informations- und Kommunikationstechnik): Besonders geeignet für die medizinische Diagnostik, die medizinische Simulation oder das medizinische Data Mining; zur Erkennung, Überwachung oder Modellierung von Epidemien oder Pandemien.

G16H50/30 ICT: Darunter fällt auch die Berechnung von Gesundheitsindizes, die für eine individuelle Gesundheitsrisikobewertung genutzt werden können.

G06N7/005 Probabilistische Netze (Anmerkung: Probabilistische Netze gelangen aufgrund von Wahrscheinlichkeiten zu bestimmten Schlussfolgerungen).

H04W4/023: Dienste zur Nutzung von Standortinformationen unter Verwendung gegenseitiger oder relativer Standortinformationen zwischen mehreren Zielen von standortbezogenen Diensten oder von Entfernungsschwellenwerten.

H04W4/029: Standortbezogene Management- oder Verfolgungsdienste.

Y02A90/10 ICT: Zur Unterstützung der Anpassung an den Klimawandel, zum Beispiel für Wettervorhersage oder Klimasimulation.

Wie funktioniert die Erfindung?

Im Abstract der Patentschrift beziehen sich die Erfinder primär auf Ausführungsformen ihrer Erfindung, bei der es um die Auswahl von Menschen zur Behandlung gegen eine durch einen Erreger verursachte Infektionskrankheit geht. Diese Erreger können Viren, Bakterien, Pilze oder Protozoen sein.

Die Auswahl einer «infizierten Person» kann über eine beliebige elektronische Vorrichtung erfolgen, beispielsweise ein Mobiltelefon oder auch einen implantierbaren Chip.

Im Falle eines Mobiltelefons wird die Erfindung in Form einer App genutzt. Die App wird mit bestimmten Anweisungen konfiguriert, welche eine eindeutige ID erzeugen, sobald sich andere Mobiltelefone in der Nähe befinden. Diese individuellen IDs werden dann zwischen allen anwesenden Mobiltelefonen ausgetauscht, sodass für jeden einzelnen Kontakt eine eindeutige ID übermittelt wird.

Aus sämtlichen Kontakten sowie den persönlichen Gesundheitsdaten aller Kontakte, letztere entnimmt die App-Software der jeweiligen elektronischen Patientenakte, wird eine bestimmte Punktzahl errechnet. Ein Server, mit dem die App kommuniziert, ermittelt anschliessend aus dieser Punktzahl die Wahrscheinlichkeit, dass ein Individuum einen Erreger überträgt. In Abhängigkeit von dieser Wahrscheinlichkeit erhalten sämtliche Kontakte automatisch eine Benachrichtigung mit Behandlungsanweisungen an ihre App.

Die Detektion von Superspreadern

Auch die Idee vom Superspreader – also von Menschen, die eine potenzielle Infektion an sehr viele andere Menschen weitergehen könnten – wurde in der Erfindung bedacht. Um einen sogenannten Superverbreiter zu erkennen, sucht die Software in der Patientenakte nach bestimmten Merkmalen, welche die Verbreitung einer Infektion erhöhen könnten. Findet die Software derartige Merkmale, gewichtet sie diese und ermittelt zusammen mit der Anzahl der Kontakte einen individuellen Gefährlichkeitsindex.

Ob die Software einen Menschen als Superverbreiter einstuft, beruht dabei auf statistischen Werten, was Raum für Fehleinschätzungen lässt. Denn wenn ein Mensch zu 60 Prozent ein Superverbreiter sein könnte, dann könnte er zu 40 Prozent auch kein solcher sein. Wer beispielsweise an einem ungefährlichen Raucher-

husten, an Asthma oder vielleicht einer Pollenallergie leidet, könnte als Superverbreiter und damit Gesundheitsgefährder eingestuft und zu einer unnötigen Behandlung und/oder Isolation genötigt werden.

Der Willkür ist Tür und Tor geöffnet

Doch nicht nur der potenzielle Superverbreiter, auch alle Menschen, deren Mobiltelefone sich in Bluetooth-Reichweite seines Mobiltelefons aufhielten, könnten ausschliesslich aufgrund von Wahrscheinlichkeiten zu unnötigen Therapien und/oder Impfungen gezwungen werden. Und da die Software eine Blackbox darstellt – denn die einprogrammierten Grenzwerte und Gewichtungen liegen nicht in unserer Entscheidungsgewalt – ist Missbrauch vorprogrammiert. Wie ein solcher Missbrauch aussehen könnte, verrät uns die Patentschrift: «Je nachdem welche Grenzwerte und Gewichtungen in die Software einprogrammiert werden, können zudem soziale Kontakte auf ein Minimum reduziert oder ganz verhindert werden.»

Wir könnten also nach Lust und Laune isoliert und voneinander separiert werden, ganz nach den Wünschen derjenigen, die die Hoheit über die Programmierung besitzen.

Datenschutz ade

Die Erfindung besitzt aber nicht nur das Potenzial, Menschen zu Superverbreitern und Gesunde zu Kranken zu degradieren, sie ermöglicht auch einen nie da gewesenen Datenmissbrauch. Denn wenn es nach den Erfindern geht, soll die Software nicht nur Zugriff auf unsere Patientenakte, sondern auch die vollständige Kontrolle über unsere Mobiltelefone erhalten:

«Es wird darauf hingewiesen, dass Husten und Niesen (und deren Häufigkeit) automatisch von einem mitgeführten Gerät, wie z. B. einem Mobiltelefon, durch Signalanalyse eines automatisch und optional kontinuierlich (oder wiederholt diskret) gesammelten Audiosignals vom Mikrofon erkannt werden können.»

Weiter heisst es in der Patentschrift: «Die Erfindung kann ein elektronisches Gerät, wie z. B. ein Mobiltelefon, nutzen, um einen einzigen Kontakt zu erkennen, der für eine Übertragung ausreichen kann», also einen sehr nahen Kontakt.

Die Erkennung von Nähe soll dabei unter Verwendung von Bluetooth, die Erkennung von körperlicher Aktivität durch die Analyse einer von einem solchen Gerät aufgezeichneten Audiospur erfolgen. Ob man sich in einem Gebäude oder im Freien befindet, soll die Geolokalisierung oder andere Sensoren des Mobiltelefons ermöglichen, die von der Umgebung beeinflusst werden, zum Beispiel Echos im Audio.

Damit die totale Überwachung, die selbstverständlich ausschliesslich dem Gesundheitsschutz der Menschheit dienen soll, auch funktioniert, müssen wir also lediglich den Zugriff auf alle unsere Daten und auf unser Mobiltelefon freigeben.

Wir wären also nicht einmal mehr in unserem Schlafzimmer vor staatlicher Überwachung und Willkür sicher.

Dürfen wir in Zukunft vielleicht nur noch intime Kontakte zu Menschen pflegen, die frei von jeglichen Erregern sind? Haben wir uns schon so weit von der Wissenschaft entfernt, dass wir nicht einmal mehr erkennen, dass biologische Wesen Träger unzähliger Keime sind? Keime, die mit uns in Symbiose leben und uns nur dann krank machen, wenn unser Immunsystem geschwächt ist. Wer das vergessen hat, dem empfehle ich eine Weiterbildung und verweise auf eine Studie, die sich mit Viren in gesunden Menschen befasst und den Titel «Metagenomic analysis of double-stranded DNA viruses in healthy adults» trägt.

Covid-19-Impfungen im Abonnement

Die Patentschrift geht auch explizit auf Sars-CoV-2-Infektionen ein. In einem solchen Falle, so heisst es, solle umgehend ein von der WHO empfohlener Impfstoff zur Behandlung vorgeschlagen und der Standort der nächsten Impfeinrichtung angezeigt werden. Damit dies auch reibungslos funktioniert, sollen sämtliche Impfstoffkandidaten gegen Sars-CoV-2 – bisher 167 an der Zahl – in die Software integriert werden.

Die Erfinder wussten also bereits zu der Zeit, als sie die Patentschrift abfassten – und das war angesichts des Umfangs wohl weit vor dem Datum der Patenteinreichung –, dass Sars-CoV-2 zu einem «Killervirus» mutieren und Covid-19 zu einem weltweiten Dauerproblem werden würde. Dazu passt auch ganz ausgezeichnet, dass es weltweit kaum noch ein Pharmaunternehmen gibt, das nicht an Impfstoffen und/oder Medikamenten gegen Sars-CoV-2 forscht und dezentrale Studien plötzlich wie Pilze aus dem Boden schiessen.

Das Virus hat einen Goldrausch in der Branche und an den Börsen ausgelöst und zahlreiche Investoren bereits unglaublich reich gemacht. Und damit das auch in Zukunft so weitergehen kann, muss der Viruswahn und die Angst vor jeder Art von Infektionskrankheit mit allen Mitteln aufrechterhalten werden.

Dabei spielt die Gefährlichkeit eines Erregers überhaupt keine Rolle, auch ob nun tatsächlich Menschen erkranken oder nicht, ist eigentlich irrelevant, schliesslich gibt es PCR-Tests, die nach Bedarf «Fälle» konstruieren. Und durch die Änderung der Gewichtung verschiedener **Parameter in der Software lassen sich gesunde ganz einfach zu kranken und behandlungsbedürftigen Menschen degradieren.**

In der Medizin ist die Korrektur von Grenzwerten nach unten seit Jahren gang und gäbe. Galt vor 40 Jahren noch ein systolischer Blutdruckwert von 100 plus Lebensalter als normal, gilt heute alles über 120 zumin-

dest als bedenklich. Das gleiche gilt für den Cholesterinspiegel, auch er wurde in den letzten Jahren Schritt für Schritt nach unten korrigiert. Die Verschiebung von Grenzwerten nach unten hat vor allem der Pharmaindustrie gigantische Zuwächse ermöglicht, und ich bezweifle, dass diese Praxis vor dieser Erfindung halt machen wird.

Impfung als Vorwand für die digitale ID

Wann diese Erfindung grossflächig zum Einsatz kommen wird, dürfte nur eine Frage der Zeit sein, denn überall auf der Welt schreien Politiker immer lauter nach einem digitalen Impfpass. Dieser Pass soll aber nicht nur unseren Impfstatus anzeigen, er soll auch das einzige Dokument werden, mit dem wir am Leben in der Gesellschaft noch teilhaben können. Dies ist der Grund, weshalb Alle – ohne Ausnahme – geimpft werden sollen.

In Ländern wie England und Kanada sind solche Impfpässe bereits an der Tagesordnung, um bestimmte Einrichtungen und Veranstaltungen zu besuchen oder im In- und Ausland zu reisen.

Auch in Europa soll bald nichts mehr ohne einen Impfpass gehen. Dass der Grund für diesen Vorstoss weniger ein Virus, sondern vielmehr die seit Langem geplante digitale ID sein dürfte, geht aus einem Artikel des französischen Rüstungs- und Sicherheitskonzern Thales Group hervor.

In seinem Digital Identity & Security Blog gibt Thales im Juli 2021 einen Einblick in eine düstere Zukunft. Unter dem Titel «Wie eine digitale ID Bürgern den Zugang zu Behördendiensten von überall her erleichtern kann» findet sich dort Überwachungswahn in Reinstform, der uns zudem als etwas Positives verkauft wird: «Sogenannte digitale «Impfpässe» werden eine Schlüsselrolle dabei spielen, den Bürgerinnen und Bürgern den Zugang zu allen möglichen Dienstleistungen zu ermöglichen, und sie werden als Vorläufer für die Einführung der mobilen digitalen ID dienen. (...) Im Juni dieses Jahres unternahm die Europäische Union einen Schritt in Richtung eines der grössten Projekte zur digitalen Identität überhaupt, als sie einen Rahmen für eine europaweite digitale Identität vorschlug.»

Das erwähnte EU-Projekt sieht vor, dass bis 2030 80 Prozent aller Europäer diese eIDs verwenden sollen. Für die Einhaltung dieser «Deadline» will in Deutschland auch das Start-up Culture4Life mit seiner App Luca sorgen. Bisher nutzen Luca nur Veranstalter und Besucher von Gastronomie und Veranstaltungen lediglich zur Kontaktverfolgung, doch Geschäftsführer Patrick Hennig möchte dies bald ändern.

Laut einem Interview mit der Berliner Zeitung vom 7. Januar 2022 soll sich Hennig folgendermassen geäussert haben: «Seit einiger Zeit muss man zusätzlich zum Impf- oder Genesenenausweis auch den Personalausweis oder Pass vorzeigen. Das wollen wir in Luca auch einfach zusammenführen. Dann muss man vielleicht bald nur noch sein Handy zeigen. (...)»

Dass es sich bei Culture4Life nicht um ein kleines unbedeutendes Start-up handelt, sondern dass dahinter Interessen finanzstarker IT-Konzerne stehen, wird auf der Website offensichtlich. Dort erfährt der interessierte Leser, dass das Team hinter der «Luca»-Initiative aus der Xenio GmbH, einer Ausgründung des Hasso-Plattner-Instituts, und einigen Kulturschaffenden besteht, wobei letztere nur schmückendes Beiwerk sein dürften, um der Sache einen «coolen Touch» zu verleihen.

Hasso Plattner, der ein Nettovermögen von circa 14 Milliarden Dollar sein eigen nennt, ist Mitbegründer des international operierenden Softwarekonzerns SAP, welcher ebenfalls zu den Unterstützern zählt. Rechtzeitig, nämlich am 3. Juni 2021, wurde Dr. Ariel Dora Stern zur HPI-Gastwissenschaftlerin für digitale Gesundheitsökonomie und -politik am Hasso-Plattner-Institut ernannt. Stern beschäftigt sich an der Harvard Business School unter anderem mit den Themen: Wie werden neue medizinische Technologien angenommen und in der Praxis eingesetzt? Was sind die wirtschaftlichen und politischen Triebkräfte der Innovation? Wie verändert die Digitalisierung die Gesundheitsversorgung und die Medizintechnik?

Doch nicht nur Deutschland und die EU, auch die USA bereiten sich auf den Einsatz dieser Erfindung vor. Das US-Repräsentantenhaus hat am 30. November 2020 den Gesetzentwurf H.R. 550 – «Immunization Infrastructure Modernization Act of 2021» – verabschiedet, der die Überwachung des Impfstatus der amerikanischen Bürger durch die staatlichen und lokalen Gesundheitsbehörden ermöglichen soll.

Der Überwachungsstaat schreitet in Riesenschritten voran, sämtliche Technologien und Werkzeuge, die dafür benötigt werden, sind bereits einsatzbereit. Es kommt nun also auf die Menschen an. Wird sich die Masse weiterhin durch Angst vor einem «todbringenden» Virus in die Enge treiben lassen?

Werden die Menschen Dauerimpfungen akzeptieren, die bereits auf Jahre hinweg geplant sind und bei Covid nicht aufhören werden? Werden die Menschen die totale Überwachung mittels digitalem Impfpass akzeptieren? Werden sie ihre Rechte auf Datenschutz und körperliche Unversehrtheit einfach so aufgeben? Wenn dies geschieht, wird diese Erfindung einen grandiosen Siegeszug feiern und wir uns früher oder später in einer total überwachten und kontrollierten Welt wiederfinden. Der Impfpass ist der Schlüssel zu diesem digitalen Totalitarismus, sorgen wir also dafür, dass er scheitert.

Quelle: <https://www.rubikon.news/artikel/patientierter-kontrollwahn>

Der Kult

von Gunnar Kaiser, Jens Lehrich, Nicolas Riedl, Samstag, 29. Januar 2022, 15:59 Uhr

Im Rubikon-Exklusivinterview erläutert der Philosoph Gunnar Kaiser, wie der Corona-Kult inzwischen alle gesellschaftlichen Bereiche durchdrungen hat und was dagegen unternommen werden kann.

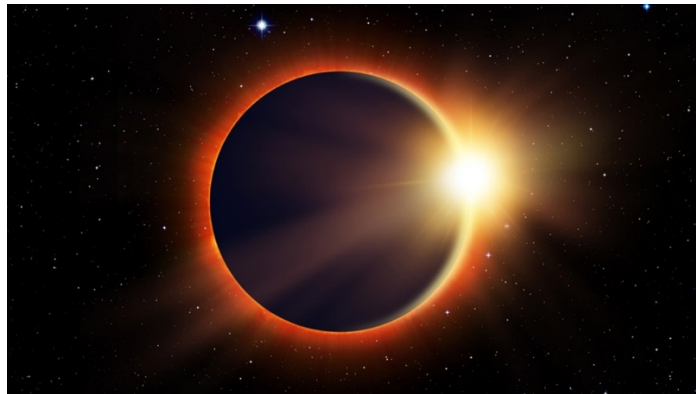


Foto: muratart/Shutterstock.com

Der Philosoph Gunnar Kaiser prägte seit 2020 den Begriff des «Kults» im Kontext von Corona. Als Chronist hielt er die sich täglich überbietenden Absurditäten der Kultanhänger fest. Nun erscheint sein philosophisches Meisterwerk zur Krise am 31. Januar 2022 als neuntes Buch der Corona-Aufklärungsoffensive des Rubikon-Verlags: «Der Kult». Im Interview mit Jens Lehrich sprach Kaiser über die Lehren, die er aus den knapp zwei Jahren gezogen hat, in welchen die Gesellschaft manisch einer Hygiene- und Impfreigion anheimgefallen ist.

Nikoläuse mit Masken, Pullover mit Drogen-Aufdruck beim Impftermin, Impfpartys, Uğur Şahin als Motiv-anwärter für die neuen Euroscheine, Impfungen im Puff und nicht zu vergessen die symbolträchtige Gratis-Bratwurst. Die Liste ist schier unendlich. Man kann das Ganze jedoch auf vier Worte herunterbrechen:

«Es ist ein Kult!»

Der Philosoph Gunnar Kaiser dokumentierte bereits in über 2200 Screenshots die Chronik der Absurdität auf seinem Telegram-Kanal «Der Kult». Doch das rein technische Konservieren reicht nicht aus. Es bedarf des gedruckten Wortes, um die Auswüchse des Kults für die Nachwelt zu archivieren, sodass nachfolgende Generationen eine Lehre aus den jungen 2020ern ziehen können.

Zum Buch interviewte Jens Lehrich den Philosophen, der sich seit Krisenbeginn für bürgerliche Freiheitsrechte und Aufklärung stark macht. Dieser zieht im Gespräch ein Resümee aus knapp zwei Jahren Corona-Kult und erläutert, was wir für die Zukunft aus dieser kultischen Zeit lernen müssen, damit sich Vergleichbares nicht wiederholt.

Quelle: <https://www.rubikon.news/artikel/der-kult>

Leben auf einem anderen Stern: Ein Blick auf Deutschland aus dem Ausland

Autor Vera Lengsfeld Veröffentlicht am 1. Februar 2022

Von Gastautor Ramin Peymani

Liebe Leser, die meisten von Ihnen wissen, dass ich seit zwei Wochen in England bin. Beim Blick auf die deutsche Nachrichtenlage fühlt es sich zunehmend so an, als sei ich auf einem fremden Planeten gelandet, so sehr ich London als mein «zweites Zuhause» beschreiben würde. Inzwischen erscheint mir Deutschland ferner denn je. Der Gedanke, auch nur für einen Besuch vorbeizuschauen, weckt in mir unangenehme Gefühle angesichts der Unberechenbarkeit und Willkür, die man im Land der zwei schrecklichsten Diktaturen des 20. Jahrhunderts auch heute wieder erlebt. Die Corona-Zeit hat in Politik, Medien und weiten Teilen der Bevölkerung die unter der Oberfläche schlummernde Neigung zu totalitären Tendenzen schonungslos aufgedeckt. Was sich seit dem Regierungswechsel in geradezu atemberaubendem Tempo vollzieht, hätte selbst ich noch vor zwei Jahren in dieser Geschwindigkeit für kaum vorstellbar gehalten. Und während sich anderswo Regierungen aufgrund des Drucks aus Medien und Bevölkerung gar nicht erlauben können, die Corona-Agenda noch weiter voranzutreiben, wollen sie nicht riskieren, aus ihren Palästen gejagt zu werden, lassen sich die Verantwortlichen in Deutschland in echten oder getürkten Umfragen dafür feiern, dass sie offensichtliche Verrücktheiten verkünden und den totalitären Staat etablieren. Nein, ein solches Deutschland ist nicht mehr mein Land, so wie ein Bundespräsident, der zum Kampf gegen Demokratieverteidiger

aufruft, nicht mehr mein Präsident ist und staatliche Organe, die kritische Bürger zu Staatsfeinden erklären wie einst in der DDR, mich erschauern lassen. Längst gilt die Maxime, dass jeder zu bekämpfen ist, der mit dem Regierungskurs nicht einverstanden ist. So, wie schon zweimal in den letzten Einhundert Jahren.

Grossbritannien hat auf dem Höhepunkt der Corona-Massnahmen einen äusserst restriktiven Kurs gefahren, zu manchen Zeiten noch schärfer als in Deutschland

In England ist derlei undenkbar. Man kann einiges kritisieren in der langen Geschichte der Briten, und im Alltag ist das Gras keineswegs immer grüner als anderswo. Eines aber unterscheidet das Land fundamental vom grossen Rest Europas: Politiker, die Bürger gängeln, bevormunden oder gar belügen, haben kurze Halbwertszeiten. Dafür sorgt schon eine Medienlandschaft, die eben nicht vom öffentlich-rechtlichen Rundfunk dominiert wird. Dazu kommt die gesunde Skepsis der Bevölkerung gegenüber dem Staat. Der soll sich möglichst wenig einmischen. Dabei hat Grossbritannien auf dem Höhepunkt der Corona-Massnahmen einen äusserst restriktiven Kurs gefahren, zu manchen Zeiten noch schärfer als das, was in Deutschland ertragen werden musste. Und nicht alle fanden das gut, man gab seiner Regierung allerdings einen gewissen Vertrauensvorschuss. Nun ist dieser jedoch aufgebraucht, weil immer deutlicher wird: Johnson und seine Truppe haben die Menschen in Sachen Corona genauso belogen und betrogen wie alle anderen Regierungen, von wenigen skandinavischen Ausnahmen und Teilen Osteuropas abgesehen. Es gab bestellte Horrorszenerien, grob gefälschte Zahlen, willfährige «Experten», arglistige Täuschungen, zerstörerische Weichenstellungen und jede Menge Lügen rund ums Impfen. So gross ist die mittlerweile verfügbare Datenmenge, dass die Aufarbeitung in England bereits in vollem Gange ist. Der Premierminister hat seinen Teil dazu beigetragen, dass nun das grosse Reinemachen ansteht: Er hat wiederholt die von ihm selbst verordneten Lockdowns gebrochen. Mehr noch: Seine Mitarbeiter durften ungeniert feiern, während ihre Landsleute weggeschlossen waren. Das kommt im Land des Fair Play nicht gut an.

In vielen Ländern hat die Politik auf die offenkundige Faktenlage reagiert, weil die Bevölkerung etwas anderes gar nicht akzeptieren würde – nicht so in Deutschland

Johnson und sein Stab haben damit so klar wie kaum irgendwo dokumentiert, dass sie wussten, wie sinnlos und unnötig die Regelungswut war, die nach Feststellung einer Gruppe angesehener britischer Psychologen allein darauf ausgerichtet war, die Bevölkerung zu verängstigen und zur Konformität zu erziehen. Eine parlamentarische Untersuchung ist deshalb gestartet worden. Dabei hatte der britische Premierminister in den ersten Wochen selbst eine Corona-Infektion überstanden, knapp sogar, wenn man den offiziellen Verlautbarungen glauben darf. Es war ihm offenbar bewusst, dass er nun eine lange Immunität besitzen würde, so wie Millionen und Abermillionen Genesener in seinem Land und Milliarden auf der Welt. Das Paul-Ehrlich-Institut hat erst vor wenigen Tagen eine Studie vorgestellt, in der die untersuchten Probanden eine mindestens 430-tägige Immunität aufwiesen. Der Zeitraum, so das Institut, sei nur deswegen auf 430 Tage begrenzt gewesen, weil es keine Teilnehmer mit länger zurückliegenden Infektionen gab. All das ist Stand der Forschung, wie auch eine ganze Reihe weiterer Gewissheiten zu Corona. In vielen Ländern hat die Politik darauf reagiert, weil die Bevölkerung etwas anderes gar nicht akzeptieren würde. Nicht so in Deutschland. Im Land der Mittelmässigkeit, des Neids und der Staatsgläubigkeit lässt sich ein Grossteil der Bürger lieber entmündigen und entrechten, als auf das staatliche Kümmern und die Alimentierung durch das immer üppiger einkassierte Steuergeld zu verzichten. Der Staat darf alles, solange er nur genug Geld überweist, ohne dafür eine Leistung einzufordern. Dieses Herrschaftsprinzip wurde unter der in der DDR ausgebildeten Sozialistin Merkel etabliert und wird von der papageienbunten Regierung perfektioniert. Die weitere Corona-Gängelung scheint zwingend dazuzugehören. Ich bin froh, dass ich nicht in Deutschland bin!

Dieser Text erschien zuerst auf dem sehr empfehlenswerten Blog des Autors.

Quelle: <https://vera-lengsfeld.de/2022/02/01/leben-auf-einem-aSnderen-stern-ein-blick-auf-deutschland-aus-dem-ausland/#more-6370>

Impfpflicht gerinnt zum Kniefall vor der Pharma

27. Januar 2022 WiKa Hintergrund, Medizin, Meinung 37



Impfpflicht gerinnt zum Kniefall vor der PharmaBRDigung: Man möchte meinen, dass deutsche Bundestagsabgeordnete entweder noch den Schlaf der Gerechten schlafen, oder aber ihren Pflichten nicht angemessen nachkommen. Während man im Bundestag nur noch über das «wie» einer Impfpflicht zu sinnieren scheint, verabschieden sich andere Nationen aus dem Pandemie-Zirkus. Da stellt sich unweigerlich die Frage, wer im Moment faktenresistenter ist, die Volksvertreter oder kritische Teile ihres Arbeitgebers? Die Liste offener Fragen und Unwägbarkeiten in Sachen Impfpflicht ist enorm. Umso erstaunlicher, dass sich all diese Imponderabilien derzeit im öffentlichen Diskurs nur am Rande wiederfinden.

Jüngstes Beispiel des Ausbruchs aus dem Pandemie-Zirkus ist Dänemark. Dort hat man einiges mehr verstanden als in Deutschland. Zumindest ist man dort seitens der Regierung bereit reale Datenlagen anzuerkennen, korrekt zu bewerten und danach zu handeln. Unterdessen schwört Deutschland alleinig auf die Spritze? Nein, auch auf seinen Pandemie-Clown Karl Lauterbach, dessen Aussagen in der Regel eine Halbwertszeit von weniger als 24 Stunden haben. Gegen die hier gesetzte Dauerpanik ist die Ankündigung der Regierung in Dänemark eine wahre Erholung mit Realitätsbezug. Hier die Pressekonferenz dazu und hier ein weiterer Bericht zu dem Vorgang.

Weitere Erkenntnisse von denen unsere Politiker befreit sind

Impfpflicht gerinnt zum Kniefall vor der Pharma. Es gibt einen schier endlosen Katalog an Nebenwirkungen der sogenannten Impfung (korrekt Gentherapie), der bis heute von der Politik ignoriert wird. Derlei Daten lassen sich in diversen öffentlichen Nebenwirkungsregistern einsehen (WHO, EMA, VAERS), nachvollziehen und angemessen auswerten. Statistisch betrachtet ist heute sogar belegbar, dass die neuartige und geplante (Zwangs)Behandlung zumindest für Menschen jüngeren Alters ein grösseres Risiko gesundheitlicher Schäden (bis hin zum Tod) birgt, als eine mögliche Erkrankung an COVID-19. Warum wird das nicht diskutiert und stattdessen auf eine Behandlungspflicht für überwiegend gesunde Menschen gesetzt?

Nehmen wir eine weitere Erkenntnis hinzu, die man vorzugsweise bei einem Feindsender vermittelt bekommt, sich aber auf ein deutsches Institut bezieht. Paul-Ehrlich-Institut findet langlebige Antikörper bei Genesenen – Bundesregierung ignoriert das ... [RT Deutsch]. Ein eindeutiger Hinweis darauf, dass eine natürlich erlangte Immunität einer jeden gespritzten immer noch haushoch überlegen ist. Das ist eine ausgesprochen schlechte Botschaft für die Pharma-Industrie. Versucht man das durch eine «Impfpflicht» der Massen zu kompensieren?

Da kommen noch mehr Fragen hinzu, nachdem inzwischen klar ist, dass die Chargen der Impfstoffe unterschiedlich gefährlich sind. Augenscheinlich sind eben nicht alle Chargen gleich, wovon man bei einem Medikament ausgehen müsste. Es sieht mehr so aus, als würde mit den Spritzstoffen noch wild experimentiert. Also nach Lust und Laune deren Zusammensetzung, gemäss experimenteller Wünsche, frisch zusammengewürfelt. Diese Beobachtung führte unter anderem zu diesem Vorgang, wo sich Wissenschaftler bei BioNTech zu Eigenschaften der Suppe erkundigen: Woher kommt der Grauton im Impfstoff? Fragen an BioNTech-Chef Uğur Şahin ... [RT Deutsch]. Kein Thema für die Politik?

Warum also weiterhin Spritzpflicht in Deutschland?



Impfpflicht gerinnt zum Kniefall vor der Pharma. Folgt man diesen Einlassungen, müssen wir schwerwiegende Versäumnisse des «Apparates» feststellen. Bezüglich der gesamten Informationspolitik zum Thema, als auch zur Materialsicherheit. Wer garantiert nach den bisherigen Erkenntnissen die gleichbleibende Zusammensetzung der Gifte? Niemand! Und dann wundert sich die Regierung über nachfragende Skeptiker und stellt selbige aufgrund ihrer eigenen Unfähig- oder Unwilligkeit sogleich in das Lager der Schwurbler oder politischen Gegner? Was für ein Propagandaaufwand mit fragwürdiger Zielsetzung.

Demnach bleibt der «Impf-Elfant» unverrückbar im Bundestag stehen und niemand mag ihn als das bezeichnen. Wenn derlei Tatsachen aus den Nachbarländern zu uns durchdringen und so viele Fragen offen-

bleiben, die durchaus beantwortbar wären, was läuft dann falsch? Weiterhin einfach alles ignorieren und blind der ausgegebenen Parole folgen? Das scheint zumindest die Leitlinie im Bundestag zu sein. Wenig erstaunlich, dass sich eine wachsende Schar von Menschen angesichts einer demnächst per Gesetz verordneten «Gesundheitsbedrohung» durch unzulängliche und experimentelle Spritzstoffe damit nicht abfinden mag.

Wenngleich nicht belegbar, aber durch den offensichtlich eingeschlagenen Kurs der Politik naheliegend, ist es ein totaler Kniefall der deutschen Politik vor den Wünschen einer Pharmaindustrie. Bitte gerne das Gegenteil belegen. Wie sonst soll dieses verkehrte Verhältnis erklären? Wir sehen die Corona-Statistiken, die mit aller Gewalt zur Horror-Show «aufgeblasen» werden, wohingegen alle negativen Vorkommnisse im Zusammenhang mit diesen Spritzstoffen nach Kräften kleingeredet werden. Dasselbe gilt für «billige» und zuverlässige Heilmethoden zur COVID-19 Erkrankung, die in der öffentlichen Schau ebenso durchs Raster fallen. Insoweit ein kleiner Lichtblick, dass einige skandinavische Länder in dieser Sache den gesunden Menschenverstand schneller wiederfinden als unsere Polit-Kasper.

Quelle: <https://qpress.de/2022/01/27/impfpflicht-gerinnt-zum-kniefall-vor-der-pharma/>

Österreichs harter Kampf gegen Bürger und EU

26. Januar 2022 WiKa Fäuleton, Recht, Soziales 15



Österreichs harter Kampf gegen Bürger und EU Wiener Würstchen: Die österreichische Regierung führt gerade einen sehr interessanten Kampf an zwei Fronten. Einerseits gegen die eigene Bevölkerung, zumindest gegen den Teil, der sich dem Spritzdiktat widersetzt. Auf der anderen Seite gegen die EU, deren Prinzipien sie gerade mit Füßen tritt. Geradezu so, als wäre die EU exakt der unkultivierter Haufen, für den viele Menschen ihn tatsächlich halten. Das wird gerade ein moderner Spagat zwischen Rechtsstaatlichkeit und wiederkehrendem Faschismus. Vorneweg der neue Führer Österreichs.

Statt die grossen Führer allzeit in die weite Welt zu exportieren, für Heil und tausendjährige Reiche zu sorgen, ist die österreichische Regierung nun darauf erpicht die Meriten für sich selbst zu sammeln. Die Spritzpflicht ist auf den Weg gebracht und wartet auf den letzten Segen durch weitere Instanzen. Derweil regt sich selbst im Ausland ein ernstzunehmendes Unbehagen. Die Art und Weise, wie das österreichische Regime meint mit Bürgern und EU Konventionen umgehen zu müssen, stösst auf Kritik.

Österreich und die vermurksten Menschenrechte

Eine interessante Sicht auf die Dinge kommt aus Schweden. Dort ist ein Abgeordneter Meinung, dass Österreich aus der EU ausgeschlossen gehört: Österreichs Ansehen im Ausland ist beschädigt • Schwedischer Abgeordneter – Österreich sollte wegen Spritzenzwang aus der EU fliegen! ... [Wochenblick]. Es ist nicht in jedem Fall die beste Wahl Erster sein zu wollen. Die österreichische Regierung will es sich nicht nehmen lassen, auf dem künftigen Siegetreppchen der totalitären Staaten endlich ganz oben zu stehen.

Neben dem Streit darum, ob es sich um eine Impfung oder Gentherapie handelt, schwebt über dem Plan der österreichischen Regentschaft die latente Rechtsfrage, ob man Menschen überhaupt zu medizinischen Behandlungen zwingen kann. Dagegen spräche der Nürnberger Kodex und die erwähnte EU-Normen. Selbst für den Fall, dass es sich bei der Spritzung um eine klassische Impfung handelte, würde sie gegen diese Europaratsresolution verstossen. Allein das wäre Grund genug Österreich aus der EU kegeln, weil damit eindeutig die Rechtsstaatlichkeit aufgegeben wäre.

Alles mal ganz locker an den Betroffenen vorbei



Alles mal ganz locker an den Betroffenen vorbei. In dem oben verlinkten Bericht des Wochenblick geht man ebenso auf eine holländische Kanzlei ein, die sich vorgenommen hat bezüglich der Vorgänge in Österreich die EU-Kommission einzuschalten. Jetzt mag man das alles als mediales Getöse abtun, wenngleich die EU selbst mit totalitären Praktiken liebäugelt. Die EU leidet seit ihrer Gründung an einer chronischen Selbstüberhöhung. Sie hält sich für bedeutsamer als sie heute als Nichtregierungsorganisationen de facto ist. Was sich die österreichische Regierung derweil gönnt, ist schon ein starkes Stück. Es sollte abseits der geplanten Impfpflicht bei der Debatte nicht ausser Acht gelassen werden, dass diese Spritzung nicht einmal funktioniert. Ganz im Gegenteil, die Anzeichen mehren sich, dass sie womöglich mehr Schaden anrichten als sie gutmachen. Fundierte Wissenschaft wird durch unreflektierten Aktionismus ersetzt. Langfristig keine gute Basis für ein friedliches und selbstbestimmtes Miteinander, weder in Österreich, noch weltweit. Nach derzeitigem Stand der Dinge möchte sich Deutschland mit aller Gewalt diesem totalitären Tollhaus anschließen. Ob dabei der Wunschtraum dominiert, irgendwie doch noch die «neue Achse des Guten» von Italien über Österreich nach Deutschland spannen zu können? Fest steht bislang, dass man die direkt Betroffenen Menschen dieser fragwürdigen Massnahme maximal von einer demokratischen Beteiligung und Entscheidungsfindung ausschliesst. Ob das so gut gehen kann?

Quelle: <https://qpress.de/2022/01/26/oesterreichs-harter-kampf-gegen-buerger-und-eu/>

Ungeimpfte im Gesundheitssektor können trotz Impfpflicht vorerst weiterarbeiten

Epoch Times 1. Februar 2022 Aktualisiert: 1. Februar 2022 8:08

Ungeimpfte können auch nach dem offiziellen Inkrafttreten der einrichtungsbezogenen Impfpflicht am 16. März bis zu einer Behördenentscheidung weiter in ihren Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen arbeiten. Ein Sprecher des Bundesgesundheitsministeriums sagte dem Nachrichtenportal «Business Insider» am Montag: «Bis das Gesundheitsamt die Entscheidung über ein Betretungs- bzw. Tätigkeitsverbot getroffen hat, dürfen die betroffenen Mitarbeitenden grundsätzlich weiterbeschäftigt werden.» Das zuständige Gesundheitsamt entscheide bei der Impfpflicht «über das weitere Vorgehen und die zu ergreifenden Massnahmen im Rahmen seines Ermessens». Dabei würden alle «Umstände des Einzelfalles» berücksichtigt.

Impfpflicht ab 16. März

Eigentlich gilt ab 16. März, dass alle Mitarbeiter in Pflege- und medizinischen Berufen entweder genesen oder vollständig geimpft sein müssen. Einzige Ausnahme: medizinische Gründe sprechen gegen eine Impfung. Zweifel an der Umsetzbarkeit der Impfpflicht gibt es aber bereits seit Wochen.

Die stellvertretende Vorsitzende des Bundesverbands der Ärzte des öffentlichen Gesundheitsdienstes (BVÖGD), Elke Bruns-Philipps, erklärte der «Rheinischen Post» (Dienstagsausgabe) gegenüber, dass die Gesundheitsämter momentan davon ausgingen, dass im Schnitt bei fünf bis zehn Prozent der Beschäftigten kein eindeutiger Impf- oder Genesenennachweis vorliegt und eine Meldung an das Gesundheitsamt erfolgen werde.

Dies bedeute der Amtsärzte-Vertreterin zufolge «eine erhebliche Belastung mit der Prüfung jedes Einzelfalles». Die Gesundheitsämter könnten das «nicht zeitnah bewältigen», warnte sie. Das Verfahren bis zu einem Beschäftigungsverbot könne sich zudem hinziehen: Bei fehlendem Nachweis erfolge erst eine Fristsetzung des Gesundheitsamtes zur Vorlage von Impfdokumenten, dann sei eine Anhörung vorgesehen, schilderte Bruns-Philipps der Zeitung.

Neues Meldesystem geplant

Auf das Problem der fehlenden Umsetzbarkeit will das Bundesgesundheitsministerium laut «Business Insider» mit einem neuen Meldesystem und niedrigschwelligen Impfangeboten reagieren. Einen entsprechenden Antrag präsentierte das Ministerium von Karl Lauterbach (SPD) auf der Konferenz der Gesundheitsminister von Bund und Ländern am Montag.

In dem Antrag wird laut «Business Insider» vorgeschlagen, ein «möglichst flächendeckendes Impfquoten-Monitoring in den genannten Einrichtungen» durchzuführen. Dem Portal zufolge sollen die Länder jeweils bis zur Mitte des Monats die Impfquoten in allen medizinischen und Pflegeeinrichtungen erheben und an das Bundesministerium für Gesundheit übermitteln.

In denjenigen Einrichtungen mit unterdurchschnittlicher Impfquote soll es dem Antrag zufolge dann die Aufgabe der Länder sein, «erneut gezielte Impfangebote z.B. durch das Aufsuchen mit mobilen Impfteams zu unterbreiten». Der Bund soll die Länder dabei unterstützen, indem er eine «neu aufgelegte Informationskampagne auf allen Kanälen breit ausrollt» und den Ländern den Impfstoff von Novavax «schnellstmöglich als gesondertes Kontingent zur Verfügung stellt».

Der Novavax-Impfstoff ist proteinbasiert, was eine seit langem bekannte Methode ist. Daher könnte der Impfstoff auch für Menschen interessant sein, die Vorbehalte gegen neuartige mRNA- und Vektorimpfstoffe haben.

«Wir unterstützen die einrichtungsbezogene Impfpflicht»

Angesichts der Probleme schlug der Vorstandsvorsitzende der Deutschen Krankenhausgesellschaft (DKG), Gerald Gass, vor, die Fristen für die einrichtungsbezogene Impfpflicht zu verlängern. «Wir unterstützen die einrichtungsbezogene Impfpflicht», sagte er der «Rheinischen Post». Allerdings seien «wesentliche Fragen der weiteren Umsetzung noch ungeklärt und deshalb kann es notwendig sein, Fristen im Verfahren anzupassen».

Wenn das Gesundheitsamt für einen ungeimpften Mitarbeiter ein Betretungsverbot für den Arbeitsplatz ausspreche, werde der Betroffene von der Arbeit freigestellt, selbstverständlich ohne Lohnfortzahlung, sagte Gass weiter. «Sollte bei Einzelnen die Erstimpfung bereits vorliegen, können die weiteren Impfungen schnell nachgeholt werden», sagte er der Zeitung. «In diesen Fällen können wir uns pragmatische Lösungen, wie zum Beispiel eine Fristverlängerung vorstellen, um die Mitarbeitenden zu halten.» Zugleich forderte der DKG-Chef arbeitsrechtliche Sicherheit, um ungeimpften Mitarbeitern auch kündigen zu können. (afp/red)

Quelle: <https://www.epochtimes.de/politik/deutschland/ungeimpfte-im-gesundheitssektor-koennen-trotz-impfpflicht-vorerst-weiterarbeiten-a3705044.html>

PROTESTE IN DEUTSCHLAND

Zehntausende demonstrieren gegen Corona-Auflagen

Epoch Times 1. Februar 2022 Akt ualisiert: 1. Februar 2022 8:58



Teilnehmer einer Demonstration gegen die Corona-Massnahmen gehen durch die Innenstadt von Gera und werden von der Polizei begleitet.

Wie seit Wochen gingen am Montag wieder viele Menschen gegen die Corona-Massnahmen auf die Strasse. Meistens geht es dabei friedlich zu.

Erneut haben bundesweit Zehntausende Menschen gegen die aktuellen Corona-Massnahmen demonstriert. In einigen Städten gab es am Montagabend auch Gegendemonstrationen. Die meisten Zusammenkünfte verliefen laut Polizeiangaben vom Dienstagmorgen friedlich.

Doch nicht überall ging es friedfertig zu: Ein 26-Jähriger erlitt in Regensburg schwere Kopfverletzungen, wie die Polizei mitteilte. Rettungskräfte brachten ihn demnach in ein Krankenhaus. Zudem seien zwei Gruppen am Rande einer Versammlung aneinandergeraten, mehrere Menschen seien verletzt worden. Weitere Details waren zunächst noch unklar. Eine 23-Jährige verletzte den Angaben zufolge einen Polizisten mit Tritten und Schlägen.

Versammlung in Lübeck insgesamt friedlich verlaufen

In Lübeck haben offiziellen Angaben zufolge am Montagabend etwa 1300 Menschen gegen die Corona-Beschränkungen protestiert. Insgesamt sei die Versammlung zwar friedlich verlaufen, doch kurz nach Ende habe es eine Auseinandersetzung zwischen Teilnehmern auf dem Heimweg und einer weiteren Gruppe gegeben, teilte die Polizei mit. Die Beamten hätten die Personalien der zwölf Beteiligten aufgenommen. Es werde wegen Verdachts der gefährlichen Körperverletzung ermittelt. Die genauen Hintergründe der Auseinandersetzung waren noch unklar.

Etwa 9000 Menschen kamen zu Versammlungen und Protestzügen in Mecklenburg-Vorpommern, wie die Polizei mitteilte. In Rostock hatte die Ordnungsbehörde mehrere Proteste untersagt, dennoch seien Gruppen durch die Innenstadt gezogen. Es kam den Angaben zufolge zu Böllerwürfen, die Beamten mussten mehrfach einschreiten. Mehrere Menschen wurden demnach in Gewahrsam genommen. In Grimmen wurden laut Polizei Beamte aus einer Wohnung heraus mit Eiern beworfen und beleidigt.

Rund 25'000 Menschen demonstrieren in Thüringen

In Thüringen demonstrierten rund 25'000 Menschen gegen die Massnahmen. 25 Personen seien angezeigt worden, unter anderem wegen Verstößen gegen das Versammlungsgesetz sowie Widerstandes gegen Vollstreckungsbeamte. In Jena sei zudem eine Massnahmenkritikerin von einer Gegendemonstrantin verletzt worden, teilte die Polizei mit.

Am Montagabend versammelten sich in Ostfildern etwa 200 Menschen zu einer angemeldeten Versammlung, um gegen Corona-Massnahmen zu demonstrieren. Polizeiangaben zufolge verlief die Demonstration friedlich.

Zuvor hatte aber eine Ankündigung des Oberbürgermeisters von Ostfildern eine Protestwelle in sozialen Medien ausgelöst. In bestimmten Chatgruppen hiess es sogar, es gebe einen «Schieszbefehl» auf die Demonstranten. OB Christof Bolay (SPD) und die Polizei Reutlingen widersprachen dieser Darstellung am Montag vehement. «Der Einsatz der Schusswaffe zur Durchsetzung eines Versammlungsverbots ist ausgeschlossen», hiess es in einer gemeinsamen Erklärung.

(dpa/red)

Quelle: <https://www.epochtimes.de/politik/deutschland/zehntausende-demonstrieren-gegen-corona-auflagen-a3705052.html>

Leben auf einem anderen Stern: Ein Blick auf Deutschland aus dem Ausland

Autor Vera Lengsfeld Veröffentlicht am 1. Februar 2022

Von Gastautor Ramin Peymani

Liebe Leser, die meisten von Ihnen wissen, dass ich seit zwei Wochen in England bin. Beim Blick auf die deutsche Nachrichtenlage fühlt es sich zunehmend so an, als sei ich auf einem fremden Planeten gelandet, so sehr ich London als mein «zweites Zuhause» beschreiben würde. Inzwischen erscheint mir Deutschland ferner denn je. Der Gedanke, auch nur für einen Besuch vorbeizuschauen, weckt in mir unangenehme Gefühle angesichts der Unberechenbarkeit und Willkür, die man im Land der zwei schrecklichsten Diktaturen des 20. Jahrhunderts auch heute wieder erlebt. Die Corona-Zeit hat in Politik, Medien und weiten Teilen der Bevölkerung die unter der Oberfläche schlummernde Neigung zu totalitären Tendenzen schonungslos aufgedeckt. Was sich seit dem Regierungswechsel in geradezu atemberaubendem Tempo vollzieht, hätte selbst ich noch vor zwei Jahren in dieser Geschwindigkeit für kaum vorstellbar gehalten. Und während sich anderswo Regierungen aufgrund des Drucks aus Medien und Bevölkerung gar nicht erlauben können, die Corona-Agenda noch weiter voranzutreiben, wollen sie nicht riskieren, aus ihren Palästen gejagt zu werden, lassen sich die Verantwortlichen in Deutschland in echten oder getürkten Umfragen dafür feiern, dass sie offensichtliche Verrücktheiten verkünden und den totalitären Staat etablieren. Nein, ein solches Deutschland ist nicht mehr mein Land, so wie ein Bundespräsident, der zum Kampf gegen Demokratieverteidiger aufruft, nicht mehr mein Präsident ist und staatliche Organe, die kritische Bürger zu Staatsfeinden erklären wie einst in der DDR, mich erschauern lassen. Längst gilt die Maxime, dass jeder zu bekämpfen ist, der mit dem Regierungskurs nicht einverstanden ist. So, wie schon zweimal in den letzten Einhundert Jahren.

Grossbritannien hat auf dem Höhepunkt der Corona-Massnahmen einen äusserst restriktiven Kurs gefahren, zu manchen Zeiten noch schärfer als in Deutschland

In England ist derlei undenkbar. Man kann einiges kritisieren in der langen Geschichte der Briten, und im Alltag ist das Gras keineswegs immer grüner als anderswo. Eines aber unterscheidet das Land fundamental vom grossen Rest Europas: Politiker, die Bürger gängeln, bevormunden oder gar belügen, haben kurze Halbwertszeiten. Dafür sorgt schon eine Medienlandschaft, die eben nicht vom öffentlich-rechtlichen Rundfunk dominiert wird. Dazu kommt die gesunde Skepsis der Bevölkerung gegenüber dem Staat. Der soll sich möglichst wenig einmischen. Dabei hat Grossbritannien auf dem Höhepunkt der Corona-Massnahmen einen äusserst restriktiven Kurs gefahren, zu manchen Zeiten noch schärfer als das, was in Deutschland ertragen werden musste. Und nicht alle fanden das gut, man gab seiner Regierung allerdings einen gewissen Vertrauensvorschuss. Nun ist dieser jedoch aufgebraucht, weil immer deutlicher wird: Johnson und seine Truppe haben die Menschen in Sachen Corona genauso belogen und betrogen wie alle anderen Regierungen, von wenigen skandinavischen Ausnahmen und Teilen Osteuropas abgesehen. Es gab bestellte Horror-szenarien, grob gefälschte Zahlen, willfährige «Experten», arglistige Täuschungen, zerstörerische Weichenstellungen und jede Menge Lügen rund ums Impfen. So gross ist die mittlerweile verfügbare Datenmenge, dass die Aufarbeitung in England bereits in vollem Gange ist. Der Premierminister hat seinen Teil dazu beigetragen, dass nun das grosse Reinemachen ansteht: Er hat wiederholt die von ihm selbst verordneten Lockdowns gebrochen. Mehr noch: Seine Mitarbeiter durften ungeniert feiern, während ihre Landsleute weggeschlossen waren. Das kommt im Land des Fair Play nicht gut an.

In vielen Ländern hat die Politik auf die offenkundige Faktenlage reagiert, weil die Bevölkerung etwas anderes gar nicht akzeptieren würde – nicht so in Deutschland

Johnson und sein Stab haben damit so klar wie kaum irgendwo dokumentiert, dass sie wussten, wie sinnlos und unnötig die Regelungswut war, die nach Feststellung einer Gruppe angesehener britischer Psychologen allein darauf ausgerichtet war, die Bevölkerung zu verängstigen und zur Konformität zu erziehen. Eine parlamentarische Untersuchung ist deshalb gestartet worden. Dabei hatte der britische Premierminister in den ersten Wochen selbst eine Corona-Infektion überstanden, knapp sogar, wenn man den offiziellen Verlautbarungen glauben darf. Es war ihm offenbar bewusst, dass er nun eine lange Immunität besitzen würde, so wie Millionen und Abermillionen Genesener in seinem Land und Milliarden auf der Welt. Das Paul-Ehrlich-Institut hat erst vor wenigen Tagen eine Studie vorgestellt, in der die untersuchten Probanden eine mindestens 430-tägige Immunität aufwiesen. Der Zeitraum, so das Institut, sei nur deswegen auf 430 Tage begrenzt gewesen, weil es keine Teilnehmer mit länger zurückliegenden Infektionen gab. All das ist Stand der Forschung, wie auch eine ganze Reihe weiterer Gewissheiten zu Corona. In vielen Ländern hat die Politik darauf reagiert, weil die Bevölkerung etwas anderes gar nicht akzeptieren würde. Nicht so in Deutschland. Im Land der Mittelmässigkeit, des Neids und der Staatsgläubigkeit lässt sich ein Grossteil der Bürger lieber entmündigen und entrechten, als auf das staatliche Kümmern und die Alimentierung durch das immer üppiger einkassierte Steuergeld zu verzichten. Der Staat darf alles, solange er nur genug Geld überweist, ohne dafür eine Leistung einzufordern. Dieses Herrschaftsprinzip wurde unter der in der DDR ausgebildeten Sozialistin Merkel etabliert und wird von der papageienbunten Regierung perfektioniert. Die weitere Corona-Gängelung scheint zwingend dazuzugehören. Ich bin froh, dass ich nicht in Deutschland bin Dieser! Text erschien zuerst auf dem sehr empfehlenswerten Blog des Autors.

Quelle: <https://vera-lengsfeld.de/2022/02/01/leben-auf-einem-anderen-stern-ein-blick-auf-deutschland-aus-dem-ausland/#more-6370>

Impfpflicht-Warnung für Pflegeberufe «mit der Brechstange»

Epoch Times 1. Februar 2022 Aktualisiert: 1. Februar 2022 6:46



Corona-Impfung.Foto: CHRISTOF STACHE/AFP via Getty Images

Bis zum 15. März sollen Beschäftigte in Kliniken und Pflegeheimen nachweisen, dass sie geimpft oder genesen sind. Sonst sind die Gesundheitsämter am Zug. So der Plan. Doch die sehen sich überfordert. Die Forderungen nach einer Verschiebung der Corona-Impfpflicht für Beschäftigte von Kliniken und Pflegeheimen werden lauter.

«Die Impfpflicht für medizinisch-pflegerische Berufe darf nicht mit der Brechstange eingeführt werden», sagte der Vorstand der Stiftung Patientenschutz, Eugen Brysch, der Deutschen Presse-Agentur. Gesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) müsse die Sorgen vor Ort ernst nehmen.

«Gesundheitsämter, Ordnungsbehörden und Arbeitgeber sehen sich nicht in der Lage, das Mammutwerk bis zum 15. März ohne schwere Verwerfungen durchzusetzen», sagte Brysch. Lauterbach müsse wissen, dass die Versorgung von bis zu 200'000 Pflegebedürftigen und Kranken in Gefahr sei. «Ein Aufschub ist dringend geboten.»

Gesundheitsämter sollen informiert werden

Das von Bundestag und Bundesrat beschlossene Gesetz legt fest, dass Beschäftigte in Einrichtungen mit schutzbedürftigen Menschen wie Pflegeheimen und Kliniken bis 15. März nachweisen müssen, dass sie gegen Corona geimpft oder vor einer Infektion genesen sind – oder ein Attest vorlegen, dass sie nicht geimpft werden können. Arbeitgeber müssen die Gesundheitsämter informieren, wenn dies nicht geschieht.

Die Gesundheitsämter sehen sich mit der Kontrolle jedoch überfordert. Man rechne damit, dass im Schnitt bei fünf bis zehn Prozent der Mitarbeiter kein eindeutiger Nachweis oder kein vollständiger Impfschutz vorliege und eine Meldung an das Gesundheitsamt erfolge, sagte Elke Bruns-Philipps, die stellvertretende Vorsitzende des Bundesverbandes der Ärzte des öffentlichen Gesundheitsdienstes, der «Rheinischen Post».

«Das ist eine erhebliche Belastung mit der Prüfung jedes Einzelfalls, wie es jetzt vorgesehen ist, die die Gesundheitsämter nicht zeitnah bewältigen können», kritisierte sie. «Es ist grundsätzlich ein Verfahren mit erneuter Fristsetzung des Gesundheitsamtes zur Vorlage von Impfdokumenten und einer Anhörung vorgesehen.» Die Beschäftigten dürfen zunächst einmal weiterarbeiten. Das Gesundheitsamt entscheide «über das weitere Vorgehen und die zu ergreifenden Massnahmen im Rahmen seines Ermessens», sagte ein Sprecher des Bundesgesundheitsministeriums dem «Business Insider».

Fragen der weiteren Umsetzung

Der Vorstandschef der Deutschen Krankenhausgesellschaft, Gerald Gass, regte eine Fristverlängerung an. «Wir unterstützen die einrichtungsbezogene Impfpflicht. Allerdings sind wesentliche Fragen der weiteren Umsetzung noch ungeklärt, und deshalb kann es notwendig sein, Fristen im Verfahren anzupassen», sagte er der «Rheinischen Post».

Wenn das Gesundheitsamt für einen Ungeimpften ein Betretungsverbot für den Arbeitsplatz ausspreche, werde der Betroffene von der Arbeit freigestellt, selbstverständlich ohne Lohnfortzahlung. Aber: «Sollte bei Einzelnen die Erstimpfung bereits vorliegen, können die weiteren Impfungen schnell nachgeholt werden. In diesen Fällen können wir uns pragmatische Lösungen, wie zum Beispiel eine Fristverlängerung vorstellen, um die Mitarbeitenden zu halten.» (dpa/red)

Quelle: <https://www.epochtimes.de/politik/deutschland/impfpflicht-warnung-fuer-pflegerberufe-mit-der-brechstange-a3705033.html>

Hat sich Justin Trudeau den falschen Streit mit den kanadischen Truckern ausgesucht?

REUTERS/Bernard Brault, uncut-news.ch, Januar 31, 2022



Es ist kein gutes Zeichen, dass Justin Trudeau sich zum vielleicht wichtigsten Zeitpunkt seiner politischen Karriere aus dem Rampenlicht der Öffentlichkeit zurückgezogen hat.

Der kanadische Premierminister, der den Trucker-Convoi kürzlich als «kleine Randgruppe» bezeichnete, die «inakzeptable Ansichten» gegen Covid-Massnahmen vertrete, hat damit möglicherweise unwissentlich die bisher grösste Herausforderung für seine politische Karriere ausgelöst.

Wie die Angehörigen der medizinischen Berufe verrichten auch die Fernfahrer ihre Arbeit weitgehend im Verborgenen, selbst auf dem Höhepunkt der Covid-Pandemie. Und genau wie Tausende von Krankenschwestern und Ärzten – von denen viele dem Virus bei der Ausübung ihrer Tätigkeit ausgesetzt waren und wahrscheinlich durch eine natürliche Immunität geschützt sind – fanden sich ungeimpfte Trucker auf der Strasse, oder besser gesagt, auf dem Highway wieder.

Unter dem Namen «Freedom Convoy» (Freiheitskonvoi), der letzte Woche in Vancouver begann, wird erwartet, dass die 18-Rad-Bewegung an diesem Wochenende Ottawa erreicht, wo Tausende von Truckern die Hauptstadt aus Protest verstopfen werden. Der Konvoi zeigt, wie gross die Frustration im ganzen Land über die drakonischen Impfvorschriften von Justin Trudeau ist.



Seit dem 15. Januar müssen ungeimpfte Lkw-Fahrer bei der Einreise nach Kanada getestet und für 15 Tage unter Quarantäne gestellt werden; die USA haben am 22. Januar ähnliche Beschränkungen erlassen. Natürlich machten solche Vorschriften ihre Arbeit unmöglich. Die Vorschriften haben dazu geführt, dass etwa 20 bis 25% der schätzungsweise 175'000 grenzüberschreitenden amerikanischen und kanadischen Lkw-Fahrer wegen Nichteinhaltung der Vorschriften in beiden Ländern aus dem Verkehr gezogen wurden. Aber diese entlassenen Arbeitnehmer geben ihre Arbeitsplätze nicht kampflos auf, und es scheint, dass viele Kanadier sie dabei unterstützen.

Während die Mainstream-Medien und die sozialen Medien den Informationsfluss, den die Kanadier in Bezug auf Covid und die Impfpflicht erhalten, weitgehend kontrollieren konnten, hat der Trucker-Konvoi der Öffentlichkeit die Möglichkeit gegeben, sich wirklich zu äussern. Nach den ersten Anzeichen zu urteilen, sieht es für die Trudeau-Regierung nicht besonders gut aus.

Telegram, die zensurfreie Messenger-Anwendung, ist voll mit Videos und Fotos von Überführungen in der Nähe von Toronto, die mit plakatschwingenden Unterstützern beladen sind, während sich der Konvoi nach Osten in Richtung Ottawa schleppt. Auf anderen Plattformen war zu sehen, wie Anwohner von Kleinstädten trotz der eisigen Temperaturen Mahlzeiten an die Trucker verteilten.

Der bisher einflussreichste Fürsprecher der Trucker war zweifellos Elon Musk, der eine Drei-Wort-Botschaft getwittert hat, die Justin Trudeau sicher nicht gefallen hat: «Canadian truckers rule».



Apropos Trudeau: Der 50-jährige Vorsitzende der Arbeiterpartei gab erst diese Woche bekannt, dass er «Covid-19 ausgesetzt war» und sich deshalb fünf Tage lang zu Hause isolieren würde. Diese Ankündigung löste in den sozialen Medien einen kleinen Aufruhr aus. Viele vermuteten, dass der kanadische Regierungschef Covid als Vorwand benutzt hatte, um den Truckern aus dem Weg zu gehen.

Keean Bexte, Journalist bei Counter Signal, vermutete in einem Tweet, dass eine neue Variante von «Coward-19» entdeckt wurde.

«Dies ist vielleicht der grösste Akt der Feigheit eines amtierenden kanadischen Premierministers in der Geschichte dieses Landes», schrieb Bexte in einem begleitenden Artikel. «Wenn die Kanadier endlich Stellung beziehen, endlich echte Massnahmen ergreifen, winkt Trudeau einfach ab und zeigt ihnen mit einem einzigen Tweet praktisch den Stinkefinger, den er mit «Bitte lassen Sie sich impfen» beendet, um Salz in die Wunden zu streuen, die er geöffnet hat.»

Das ist das Problem, wenn die Medien und die Regierung sich weigern, irgendeine Art von formeller Debatte über ein ernstes Thema zuzulassen, das Millionen von Menschen auf so vielen verschiedenen Ebenen betrifft. Trudeau hat seinen Landsleuten nur eine Option gegeben, nämlich sich impfen zu lassen oder im Grunde genommen Bürger zweiter Klasse in ihrem eigenen Land zu werden. Im Gegensatz zu anderen betroffenen Wirtschaftszweigen haben die Lkw-Fahrer jedoch die Möglichkeit, ihre Maschinen für eine sehr wirksame Form des Protests einzusetzen, die zu erheblichen logistischen Problemen im Transportwesen führen dürfte.

Obwohl sich die Canadian Trucking Alliance und die Ontario Trucking Association (OTA) von der Bewegung distanziert haben und sagen, dass 90 Prozent der Fernfahrer geimpft sind, bleiben von den verbleibenden 10 Prozent (vorausgesetzt, diese Zahl ist korrekt, da einige glauben, dass die Zahl der Ungeimpften bei 25 Prozent liegt) noch 20'000 bis 50'000 Sattelschlepper übrig, die leicht in der Lage sind, einen grossen Teil der Wirtschaft sowohl in den USA als auch in Kanada zu beeinträchtigen.

Da Zehntausende von Lastwagenfahrern nun arbeitslos sind, könnte die Krise in der Versorgungskette, die bereits vor Inkrafttreten der Vorschriften spürbar war, als über 100 Frachtschiffe vor der kalifornischen Küste anlegten und ihre Ladungen nicht entladen konnten, in den kommenden Tagen und Wochen zu einer deutlichen Verknappung der Regale führen. Schon jetzt zeigen Kanadier in den sozialen Medien beunruhigende Bilder aus ihren örtlichen Lebensmittelgeschäften.



Mike Millian, der Präsident des Private Motor Truck Council of Canada, sagte, seine Organisation sei gegen eine Impfpflicht für Lkw-Fahrer, aber er sei besorgt über die Rhetorik, die er bei den Demonstranten gesehen habe.

«Lkw-Fahrer sind in ihrem Beruf isoliert, sie wurden nicht mit der Ausbreitung des Virus in Verbindung gebracht, und wir können es uns nicht leisten, unsere Lieferkette noch mehr zu beschädigen, als sie bereits ist», sagte Millian in einem Interview mit CBC News. «Aber dieser Konvoi scheint sich zu einer Art Protest gegen alle Impfstoff- und COVID-bezogenen Stilllegungen entwickelt zu haben.»

«Wir sehen Schilder, die unsere Regierung als «Kommunisten» und «Nazis» bezeichnen und die [Situation um die Impfpflicht] mit dem Holocaust vergleichen. Diese Botschaft können wir natürlich nicht unterstützen», sagte er.

Unterdessen scheinen die kanadischen Medien dem Protest Vorschub zu leisten, indem sie vermuten, dass rechtsextreme Agitatoren hinter der Bewegung stehen, und sogar davor warnen, dass Ottawa seinen «Sturm auf den 6. Januar» erleben könnte, eine Anspielung auf den Tag, an dem Trump-Befürworter das US-Kapitol stürmten, weil sie glaubten, die Präsidentschaftswahlen 2020 seien zugunsten von Joe Biden manipuliert worden.

Justin Trudeau scheint nicht zugeben zu wollen, dass die Kanadier der Debatte über die Impfpflicht und der Spaltung der Gesellschaft, die sie verursacht hat, überdrüssig sind, ganz zu schweigen von dem Verlust

an Freiheiten. Für viele dieser Menschen stellt der «Freedom Convoy» eine Gelegenheit dar, sich einer Bewegung anzuschliessen, die ihre eigenen Ideen vertritt, zu denen auch eine starke Abneigung gegen den Umgang der Regierung mit der Covid-Krise gehört.

Ob sich diese Trucker-Bewegung zu etwas Grösserem entwickeln wird, bleibt abzuwarten, aber es ist kein gutes Zeichen, dass Justin Trudeau sich zum vielleicht wichtigsten Zeitpunkt seiner politischen Karriere aus dem Rampenlicht der Öffentlichkeit zurückgezogen hat.

QUELLE: DID JUSTIN J. TRUDEAU PICK THE WRONG FIGHT WITH CANADIAN TRUCKERS?

Quelle: <https://uncutnews.ch/hat-sich-justin-trudeau-den-falschen-streit-mit-den-kanadischen-truckern-ausgesucht/>

Israel: Omikron-Fälle und Todesfälle nehmen zu, während eine Studie zeigt, dass eine vierte Auffrischungsimpfung die Antikörper erhöht, aber Omikron nicht zu stoppen scheint

uncut-news.ch, Januar 31, 2022

Israel, eines der am stärksten geimpften Länder, erlebt seinen bisher schlimmsten Anstieg mit einer Rekordzahl von Infektionen, die sowohl von der Delta- als auch der Omikron-Variante verursacht werden. Trotz einer Impfquote von fast 70% und der weltweit am stärksten geimpften Bevölkerung (drei Dosen) sowie einer laufenden vierten Dosis haben die neuen COVID-19-Fälle alle Rekorde gebrochen, während die tägliche Zahl der Todesfälle an frühere Anstiege heranreicht. Bisherige Sterbedaten sind nicht ohne weiteres verfügbar, sodass nicht klar ist, ob es sich bei den schweren Krankenhauseinweisungen und Todesfällen überwiegend um ungeimpfte Personen handelt.

Aktuelle Lage

Da in den letzten Monaten 55% der israelischen Bevölkerung geimpft wurden, gingen viele davon aus, dass die Fälle eingedämmt werden könnten. TrialSite hat jedoch über ein Land nach dem anderen berichtet, in dem stark geimpfte Nationen weiterhin unter einer Kombination aus nachlassender Wirksamkeit des Impfstoffs und übermächtigen SARS-CoV-2-Varianten wie Delta und jetzt Omikron zu leiden haben.

Die israelischen Gesundheitsbehörden meldeten bis Samstag, den 29. Januar, einen Sieben-Tage-Durchschnitt von 78'062 Fällen, weit mehr als bei früheren tödlichen Ausbrüchen. Am Samstag, dem 29. Januar, wurden auch 59 Todesfälle gemeldet, die sich dem Höchststand früherer Epidemien annähern.

Der israelische Gesundheitsminister berichtete zwar, dass die nächsten Wochen sehr schwierig werden könnten, doch gibt es Anzeichen dafür, dass die Nation den Omikron-Höchststand erreicht hat und dass die Übertragungsrate ab dieser Woche zurückgehen sollte, wie die «Times of Israel» berichtete.

Vierte Auffrischungsdosis von Pfizer reicht nicht aus

Wie TrialSite berichtet, erhält die gefährdete Bevölkerung des östlichen Mittelmeerraums nun eine vierte Auffrischungsdosis. Jüngste Berichte aus dem Land deuten jedoch darauf hin, dass die vierte Dosis zwar mehr Antikörper auslöst, aber möglicherweise nicht ausreicht, um die Infektion oder die Übertragbarkeit zu verhindern.

Wie CNN berichtet, teilte Dr. Gili Regen-Yochay, Leiterin der Abteilung für Infektionsprävention und -kontrolle am Sheba Medical Center, den Reportern auf einer virtuellen Pressekonferenz mit: «Dies sind sehr vorläufige Ergebnisse. Sie werden noch nicht veröffentlicht, aber wir geben sie heraus, da wir die Dringlichkeit der Öffentlichkeit verstehen, alle möglichen Informationen über die vierte Dosis zu erhalten.

Wir haben jetzt eine Nachbeobachtung des Pfizer-Impfstoffs für zwei Wochen und eine Nachbeobachtung des Moderna-Impfstoffs für nur eine Woche zu diesem Zeitpunkt. Und was wir sehen, ist, dass der Pfizer-Impfstoff nach zwei Wochen die Anzahl der Antikörper und der neutralisierenden Antikörper erhöht – ein ziemlich guter Anstieg. Sie ist sogar etwas höher als nach der dritten Dosis.» Er fuhr fort: «Dennoch ist dies wahrscheinlich nicht genug für die Omikronvariante.»

Generell zeigen frühere Daten des israelischen Gesundheitsministeriums, dass die Impfung schwerere Krankenhausaufenthalte und Todesfälle verhindern kann und dies auch tut. Für Ungeimpfte besteht bei einer SARS-CoV-2-Infektion in der Regel ein höheres Risiko für derartige Ereignisse, vor allem, weil es keine Frühbehandlungsprogramme gibt. Sobald Daten aus Israel verfügbar sind, wird TrialSite diese überprüfen und darüber berichten.

QUELLE: ISRAELI SARS-COV-2 OMICRON CASES SURGE, AS DO DEATHS WHILE STUDY REVEALS A FOURTH BOOSTER RAISES ANTIBODIES YET DOESN'T APPEAR TO STOP OMICRON

Quelle: <https://uncutnews.ch/israel-omikron-faelle-und-todesfaelle-nehmen-zu-waehrend-eine-studie-zeigt-dass-eine-vierte-auffrischungsimpfung-die-antikoeper-erhoeht-aber-omikron-nicht-zu-stoppen-scheint/>

Doppelt geimpftes 20-jähriges Model entwickelt Myokarditis, erleidet Herzinfarkt und muss beide Beine amputieren

uncut-news.ch, Januar 31, 2022



Ein zuvor gesundes Model aus Florida kämpft im Krankenhaus um ihr Leben, nachdem sie Anfang des Monats einen Herzinfarkt erlitten hat. Claire Bridges, 20 Jahre alt, wurde am 16. Januar mit starken Bein-schmerzen ins Tampa General Hospital eingeliefert, wo Myokarditis, Rhabdomyolyse, leichte Lungenent-zündung, Zyanose und Azidose diagnostiziert wurden. Wenige Stunden nach ihrer Einlieferung blieb ihr Herz stehen.

Vor zwei Wochen verschlechterte sich der Gesundheitszustand von Claire rapide, als ihr Herz und andere Organe angegriffen wurden. Sie wurde schnell auf die Intensivstation gebracht und lebenserhaltend betreut. Ihr Vater, Wayne, sagte über diese Tortur: «Sie hat so viel durchgemacht. Die letzten zwei Wochen haben sich wie zwei Monate angefühlt.»

Wayne erhielt einen Anruf vom Arzt der Intensivstation, der ihm mitteilte, dass eine Herz-Lungen-Wieder-belebung durchgeführt wurde, weil das Herz seiner Tochter stehen geblieben war. Innerhalb von anderthalb Stunden musste die 20-Jährige zwei weitere Male wiederbelebt werden. Ärzte und Chirurgen arbeiteten gemeinsam daran, das weitere Vorgehen für ihr Herz und andere Organe festzulegen.

Am nächsten Morgen wurde sie an ein Tandemherz und zusätzliche lebenserhaltende Massnahmen ange-schlossen. Und nur wenige Stunden später wurde sie wegen ihrer versagenden Nieren an eine kontinuier-liche Dialyse angeschlossen. Während all dies geschah, baute sich in ihren Beinen ein Druck auf, der den Blutfluss behinderte. Schliess-lich wurde entschieden, dass die Schäden an ihren Beinen zu schwer und irreversibel waren – sie mussten amputiert werden. Beide Beine wurden ihr am Freitag chirurgisch entfernt. Wayne schrieb auf Facebook: «Als der Moment kam, ihr mitzuteilen, dass sie ihre Beine verlieren würde, hat der Arzt das wunderbar gehandhabt und nichts verheimlicht. Claire flüsterte «Ich will bionische Beine» und lächelte.»

Ihr Vater ist zuversichtlich, dass sie ihren Kampf fortsetzen und das tun kann, was sie liebt.

Wir wissen, dass die Operation ein langer Weg der Genesung ist, und wir hoffen, dass alle für sie beten.

Es wurden zwei verschiedene GoFundMe-Seiten eingerichtet, um die medizinischen und Lebenshaltungs-kosten zu decken. Bislang wurden auf den beiden Seiten mehr als 90'000 Dollar an Spendengeldern ge-sammelt. Auf einer Seite heisst es unter anderem: «Claire wurde am Sonntag, den 16. Januar, mit starken Beinschmerzen und Covid ins Tampa General Hospital eingeliefert. Ja, sie wurde geimpft!»

Ein Videobericht von WTSP über die tragische Geschichte in der Quelle zu finden.

QUELLE: CLAIRE BRIDGES: DOUBLE-VACCINATED 20-YEAR-OLD MODEL DEVELOPS MYOCARDITIS, SUFFERS HEART ATTACK AND HAS BOTH LEGS AMPUTATED

Quelle: <https://uncutnews.ch/doppelt-geimpftes-20-jaehriges-model-entwickelt-myokarditis-erleidet-herzinfarkt-und-muss-beide-beine-amputieren/>

COVID-Impfstoffe und Schwangerschaft: 172'000 Schwangerschaftsabbrüche aufgrund des Impfstoffs

uncut-news.ch, Januar 31, 2022



Eine neue Analyse von Dr. Jessica Rose schätzt die Zahl der durch die COVID-Impfstoffe verursachten Spontanabtreibungen (SA) auf über 172'000. Ich habe die CDC benachrichtigt, erwarte aber keine Antwort. Auf der Grundlage der kürzlich vom Verteidigungsministerium veröffentlichten Daten errechnet sie für VAERS einen Unterberichterstattungsfaktor (URF) von 49 für Spontanabtreibungen. Da im Jahr 2021 in den USA 3527 Fälle von SA gemeldet werden, entspricht dies 172'823 tatsächlichen Ereignissen. Allerdings wurden nicht alle diese Ereignisse durch den Impfstoff verursacht. Eine VAERS-Recherche der vergangenen Jahre zeigt mindestens 14 SA-Ereignisse pro Jahr, also müssten wir $14 \times 49 = 686$ abziehen. Es bleiben immer noch über 172'000 Frauen in den USA übrig, die im vergangenen Jahr einen Spontanabort erlitten haben, der mit ziemlicher Sicherheit durch die COVID-Impfstoffe verursacht wurde (da es keine andere gross angelegte Intervention gibt, die dies verursacht haben könnte).

Wenn es nicht die Impfstoffe waren, was war dann die Ursache?

Ich habe die CDC darüber informiert, aber ich erwarte nicht, dass sie ihre Politik, schwangeren Frauen den Impfstoff zu empfehlen, ändern werden.

Beachten Sie auch, dass schwangere Frauen NICHT in die Impfstoffversuche einbezogen wurden. Es ist ein ärztlicher Kunstfehler, Schwangeren die Impfstoffe zu empfehlen. Die CDC hat die Impfstoffe wiederholt als sicher für schwangere Frauen erklärt, ohne dass vollständige Daten vorlagen.

Ich erwarte nicht, dass die Mainstream-Medien die CDC in dieser Sache in Frage stellen werden. Ich bin sicher, dass sie es alle ignorieren werden.

Nachtrag

Januar um 14:40 Uhr: Bis jetzt hat niemand auf Twitter behauptet, dies sei falsch, oder in der Lage, einen Fehler in den Daten oder der Methodik aufzuzeigen. Keiner kann die Ursache erklären, warum es nicht der Impfstoff sein sollte. Sie wollen, dass es zensiert wird, was man auch tut, wenn man keine Fakten auf seiner Seite hat. Ich habe verstanden.

Darf ich vorschlagen, dass Sie uns einen Fehler in den Daten oder der Methodik aufzeigen, wenn Sie damit nicht einverstanden sind?

QUELLE: COVID VACCINES AND PREGNANCY: > 172,000 SPONTANEOUS ABORTIONS DUE TO THE VACCINE

Quelle: <https://uncutnews.ch/covid-impfstoffe-und-schwangerschaft-172-000-schwangerschaftsabbrueche-aufgrund-des-impfstoffs/>

US-Daten zeigen nun bei den 5- bis 17-Jährigen fast 35'000 COVID-Impfstoff-Schädigungen und weitere steigende Zahlen

uncut-news.ch, Januar 30, 2022



childrenshealthdefense.org: Die am Freitag von den Centers for Disease Control and Prevention veröffentlichten VAERS-Daten umfassen insgesamt 1'071'856 Berichte über unerwünschte Ereignisse aus allen Altersgruppen, die nach den COVID-Impfungen gemeldet aufgezeichnet wurden, darunter 22'607 Todesfälle und 178'994 schwere Impfschäden die zwischen dem 14. Dezember 2020 und dem 21. Januar 2022 stattgefunden haben.

Die Centers for Disease Control and Prevention (CDC) haben heute neue Daten veröffentlicht, aus denen hervorgeht, dass zwischen dem 14. Dezember 2020 und dem 21. Januar 2022 insgesamt 1'071'856 Berichte über unerwünschte Ereignisse im Zusammenhang mit COVID-Impfstoffen an das Vaccine Adverse Event Reporting System (VAERS) übermittelt wurden. VAERS ist das wichtigste von der Regierung finanzierte System zur Meldung von unerwünschten Impfstoffreaktionen in den USA.





Die Daten umfassten insgesamt 22'607 Meldungen von Todesfällen – ein Anstieg um 414 gegenüber der Vorwoche – und 178'994 Meldungen von schweren Verletzungen, einschliesslich Todesfällen, im gleichen Zeitraum – ein Anstieg um 4130 gegenüber der Vorwoche.

Ohne «ausländische Meldungen» an VAERS wurden in den USA zwischen dem 14. Dezember 2020 und dem 21. Januar 2022 740'000 unerwünschte Ereignisse, darunter 10'316 Todesfälle und 67'496 schwere Verletzungen, gemeldet.

Ausländische Berichte sind Berichte, die ausländische Tochtergesellschaften an US-Impfstoffhersteller senden. Gemäss den Vorschriften der US-amerikanischen Food and Drug Administration (FDA) muss ein Hersteller, der über einen ausländischen Fallbericht informiert wird, der ein schwerwiegendes und nicht auf dem Etikett des Produkts aufgeführtes Ereignis beschreibt, den Bericht an VAERS übermitteln.

Von den bis zum 21. Januar gemeldeten 10'316 Todesfällen in den USA traten 19% innerhalb von 24 Stunden nach der Impfung auf, 24% innerhalb von 48 Stunden nach der Impfung und 61% bei Personen, bei denen die Symptome innerhalb von 48 Stunden nach der Impfung auftraten.

In den USA waren bis zum 21. Januar 532,4 Millionen COVID-Impfstoffdosen verabreicht worden, davon 312 Millionen Dosen von Pfizer, 202 Millionen Dosen von Moderna und 19 Millionen Dosen von Johnson & Johnson (J&J).

 National Vaccine Information Center Your Health. Your Family. Your Choice.		
Search Results		
From the 1/21/2022 release of VAERS data:		
Found 1,071,856 cases where Vaccine is COVID19		
Government Disclaimer on use of this data		
Table		
Event Outcome 	Count  	Percent
Death	22,607	2.11%
Permanent Disability	40,069	3.74%
Office Visit	166,737	15.56%
Emergency Room	99	0.01%
Emergency Doctor/Room	115,237	10.75%
Hospitalized	121,276	11.31%
Hospitalized, Prolonged	321	0.03%
Recovered	307,909	28.73%
Birth Defect	870	0.08%
Life Threatening	25,776	2.4%
Not Serious	471,502	43.99%
TOTAL	† 1,272,403	† 118.71%
† Because some cases have multiple vaccinations and symptoms, a single case can account for multiple entries in this table. This is the reason why the Total Count is greater than 1071856 (the number of cases found), and the Total Percentage is greater than 100.		

Jeden Freitag veröffentlicht VAERS die bis zu einem bestimmten Datum eingegangenen Meldungen über Impfschäden. Die an VAERS übermittelten Meldungen erfordern weitere Untersuchungen, bevor ein Kausalzusammenhang bestätigt werden kann. In der Vergangenheit hat sich gezeigt, dass VAERS nur 1% der tatsächlichen unerwünschten Impfstoffereignisse meldet.

Die US-VAERS-Daten vom 14. Dezember 2020 bis 21. Januar 2022 für 5- bis 11-Jährige zeigen:

7052 unerwünschte Ereignisse, darunter 152, die als schwerwiegend eingestuft wurden, und 3 gemeldete Todesfälle.

Der jüngste Todesfall betrifft ein 7-jähriges Mädchen (VAERS I.D. 1975356) aus Minnesota, das 11 Tage nach der ersten Dosis des COVID-Impfstoffs von Pfizer starb, als es von seiner Mutter nicht mehr ansprechbar war. Eine Autopsie ist noch nicht abgeschlossen.

14 Berichte über Myokarditis und Perikarditis (Herzentzündung).

24 Berichte über Störungen der Blutgerinnung.

U.S. VAERS-Daten vom 14. Dezember 2020 bis 21. Januar 2022 für 12- bis 17-Jährige zeigen:

27'772 unerwünschte Ereignisse, darunter 1588 als schwerwiegend eingestufte und 37 gemeldete Todesfälle.

Bei den jüngsten Todesfällen handelt es sich um einen 13-jährigen Jungen (VAERS-Identifikationsnummer 2042005) aus einem nicht näher bezeichneten Bundesstaat, der sieben Monate nach Verabreichung seiner zweiten Dosis Moderna an einem plötzlichen Herzinfarkt starb, und um eine 17-jährige Frau aus einem nicht näher bezeichneten Bundesstaat (VAERS-Identifikationsnummer 2039111), die nach Verabreichung ihrer ersten Dosis Moderna starb. Die medizinischen Informationen waren begrenzt und es ist nicht bekannt, ob in beiden Fällen eine Autopsie durchgeführt wurde.

68 Berichte über Anaphylaxie bei 12- bis 17-Jährigen, bei denen die Reaktion lebensbedrohlich war, eine Behandlung erforderte oder zum Tod führte – wobei 96% der Fälle auf den Impfstoff von Pfizer zurückgeführt wurden.

609 Berichte über Myokarditis und Perikarditis, von denen 597 Fälle auf den Impfstoff von Pfizer zurückgeführt wurden.

154 Berichte über Blutgerinnungsstörungen, wobei alle Fälle auf Pfizer zurückgeführt wurden.

Das zeigen die VAERS-Daten aus den USA vom 14. Dezember 2020 bis zum 21. Januar 2022 für alle Altersgruppen zusammen:

21% der Todesfälle waren auf Herzerkrankungen zurückzuführen.

54% der Verstorbenen waren männlich, 41% waren weiblich, und bei den übrigen Todesmeldungen wurde das Geschlecht der Verstorbenen nicht angegeben.

Das Durchschnittsalter der Verstorbenen lag bei 72,7 Jahren.

Bis zum 21. Januar meldeten 4925 schwangere Frauen unerwünschte Ereignisse im Zusammenhang mit COVID-Impfstoffen, darunter 1575 Berichte über Fehl- oder Frühgeburten.

Von den 3474 gemeldeten Fällen von Bellsche Lähmung wurden 51% auf Impfungen von Pfizer, 41% auf Moderna und 8% auf J&J zurückgeführt.

850 Berichte über das Guillain-Barré-Syndrom (GBS), wobei 41% der Fälle auf Pfizer, 30% auf Moderna und 28% auf J&J zurückgeführt wurden.

2281 Berichte über Anaphylaxie, wobei die Reaktion lebensbedrohlich war, eine Behandlung erforderte oder zum Tod führte.

12'704 Berichte über Blutgerinnungsstörungen in den USA. Davon wurden 5646 Berichte Pfizer, 4521 Berichte Moderna und 2490 Berichte J&J zugeschrieben.

1542 Berichte über Myokardinfarkte.

3817 Fälle von Myokarditis und Perikarditis, wobei 2348 Fälle Pfizer, 1293 Fälle Moderna und 164 Fälle dem COVID-Impfstoff von J&J zugeschrieben wurden.

Ungeimpfter Mann wird die Herztransplantation im Bostoner Krankenhaus verweigert

DJ Ferguson, 31, wurde von der Spitze einer Herztransplantation im Bostoner Brigham and Women's Hospital gestrichen, weil er nicht gegen COVID geimpft war.

Ferguson erhielt am Dienstag eine mechanische Herzpumpe – ein sogenanntes linksventrikuläres Unterstützungsgesetz –, das ihn bis zu fünf Jahre am Leben erhalten soll, aber er wird nicht viel vom Leben haben, sagte sein Vater.

Nach Angaben von ABC News wollte Ferguson, Vater von drei Kindern, den Impfstoff nicht, weil er befürchtete, dass er seinen Herzzustand verschlimmern würde. Er sagte auch, dass eine Impfung gegen seine Grundprinzipien verstossen würde.

«Die Organe sind knapp, wir werden sie nicht an jemanden verteilen, der schlechte Überlebenschancen hat, wenn andere, die geimpft sind, nach der Operation bessere Überlebenschancen haben», sagte Dr. Arthur Caplan, der an der NYU Grossman School of Medicine für medizinische Ethik zuständig ist, gegenüber MassLive.

Trotz der Operation am offenen Herzen benötigt Ferguson aufgrund seines sich schnell verschlechternden Zustands eine Transplantation, sagten Fergusons Eltern am Mittwoch gegenüber «Tucker Carlson Tonight».

COVID-Impfung für Kinder unter 4 Jahren wird laut Fauci 3 Dosen umfassen

Der leitende medizinische Berater des Weissen Hauses, Dr. Anthony Fauci, sagte am Mittwoch, dass der COVID-Impfstoff für Kinder unter 4 Jahren wahrscheinlich drei Dosen umfassen wird, wenn er zugelassen wird, da zwei Impfungen bei den 2- bis 4-Jährigen in den klinischen Studien von Pfizer keine ausreichende Immunreaktion hervorgerufen haben.

«Dosis und Schema für Kinder von 6 Monaten bis 24 Monaten haben gut funktioniert, aber es hat sich herausgestellt, dass die andere Gruppe von 24 Monaten bis 4 Jahren noch nicht das Niveau der Nicht-Unterlegenheit erreicht hat, so dass die Studien fortgesetzt werden», sagte Fauci und bezog sich auf den Wirksamkeitsstandardvergleich mit Erwachsenen.

Fauci sagte, er hoffe, dass die U.S. Food and Drug Administration den COVID-Impfstoff von Pfizer und BioNTech für Kinder unter 5 Jahren im nächsten Monat genehmigen wird, obwohl er nicht mit Sicherheit sagen kann, wann die Behörde ihre Entscheidung treffen wird.

Schweden entscheidet sich gegen COVID-Impfstoffe für Kinder von 5 bis 11 Jahren

Schweden wird die COVID-Impfung für Kinder unter 12 Jahren nicht empfehlen, weil der Nutzen die Risiken nicht überwiegt, wird aber die Situation «ständig» neu bewerten, berichtet Reuters.

Die schwedische Gesundheitsbehörde erklärte am Donnerstag in einer Pressemitteilung, dass der medizinische Nutzen für ein Kind im Alter von 5–11 Jahren, das gegen COVID geimpft wurde, «derzeit gering ist». Britta Bjorkholm, eine schwedische Gesundheitsbeamtin, sagte auf einer Pressekonferenz: «Mit dem Wissen, das wir heute haben, mit einem geringen Risiko für eine ernsthafte Erkrankung für Kinder, sehen wir keinen klaren Nutzen in der Impfung.»

Karin Tegmark Wisell, Generaldirektorin der schwedischen Gesundheitsbehörde, sagte, dass vor dem Herbstsemester aktualisierte Leitlinien vorgelegt würden.

COVID-Impfstoffe verursachen Fehlgeburten, Krebs und neurologische Störungen beim Militär

In einer Anhörung, die diese Woche von Senator Ron Johnson (R-Wis.) organisiert wurde, erklärte der Anwalt Thomas Renz vor einem Expertengremium, dass die Daten, die ihm von drei Whistleblowern zur Verfügung gestellt wurden, zeigen, dass COVID-Impfstoffe katastrophale Schäden bei Mitgliedern des US-Militärs verursachen, obwohl sie nicht verhindern, dass sie das Virus bekommen.

Renz fasste Daten aus der Defense Medical Epidemiology Database zusammen, der langjährigen epidemiologischen Datenbank des Militärs für Angehörige der Streitkräfte.

Die Daten zeigen, dass Fehlgeburten und Krebs im Jahr 2021 im Vergleich zum vorherigen Fünfjahresdurchschnitt um 300% gestiegen sind. Neurologische Erkrankungen nahmen 2021 im Vergleich zum vorherigen Fünfjahresdurchschnitt um 1000% zu und stiegen innerhalb eines Jahres von 82'000 auf 863'000. «An unseren Soldaten wird experimentiert, sie werden verletzt und manchmal sogar getötet», sagte Renz. Im Anschluss an den Vortrag von Renz berichtete die Anwältin Leigh Dundas über Beweise dafür, dass das Verteidigungsministerium Daten in DMED manipuliert hat, um Fälle von Myokarditis bei Soldaten, die gegen COVID geimpft wurden, zu verbergen.

OSHA zieht COVID-Impfpflicht zurück

Das US-Arbeitsministerium gab diese Woche bekannt, dass es das COVID-Impf- oder Testmandat der Regierung Biden für grosse Arbeitgeber zurückzieht.

Mit der Rücknahme der Vorschrift erklärte das Ministerium, es habe erkannt, dass der vorläufige Notfallstandard nicht wiederbelebt werden könne, nachdem der Oberste Gerichtshof der USA ihn Anfang des Monats blockiert hatte, und werde stattdessen einen dauerhaften Standard für das Impfmandat festlegen, heisst es in einer Mitteilung der Occupational Safety and Health Administration (OSHA) an das Gericht.

Die Entscheidung des Arbeitsministeriums, die Regel zurückzuziehen, bedeutet, dass anhängige Gerichtsverfahren im 6. Bezirk eingestellt werden.

Die OSHA könnte eine Version der «Impfen oder Testen»-Regel im Rahmen ihres Regelsetzungsverfahrens einführen, würde aber wahrscheinlich immer noch mit rechtlichen Herausforderungen konfrontiert werden.

QUELLE: NEARLY 35,000 REPORTS OF COVID VACCINE INJURIES AMONG 5- TO 17-YEAR-OLDS, CDC DATA SHOW

Quelle: <https://uncutnews.ch/us-daten-zeigen-nun-bei-den-5-bis-17-jaehrigen-fast-35-000-covid-impfstoff-schaedigungen-und-weitere-steigende-zahlen/>

Manche Menschen sind sonderbare Wesen

So manche Menschen sind
extrem sonderbare Wesen,
denn viele reden von Liebe,
Frieden, Freiheit, Harmonie
sowie von Glücklichein und
Zufriedenheit, doch sie tun
alles, um unklug ihr Leben
in Angst und Betrübniß zu
fristen und ihr Dasein zur
wahren Hölle zu machen.

SSSC, 23. September 2014,
23.40 h, Billy

Verbreitung des richtigen Friedenssymbols



Das falsche Friedenssymbol – die heute weltweit verbreitete sogenannte <Todesrune>, die aus den keltischen Futhark-Runen resp. der umgedrehten Algiz-Rune fabriziert wurde – ist der eigentliche Inbegriff negativer Einflüsse und schafft zerstörerische Schwingungen hinsichtlich Unfrieden, Fehden und Hass, Rache, Laster, Süchte und Hörigkeit, denn die <Todesrune> bedeutet für viele Menschen Reminiszenzen an die NAZI-Zeit, an Tod und Verderben, wie aber auch Ambitionen in bezug auf Kriege, Terror, Zerstörungen vieler menschlicher Errungenschaften und allen notwendigen Lebensgrundlagen jeder Art und weltweit Unfrieden.

Es ist wirklich dringlichst notwendig, dass die <Todesrune> als falsches Friedenssymbol, das Unfrieden und Unruhe schafft, völlig aus der Erdenwelt verschwindet und dadurch das uralte sowie richtige Peacesymbol auf der ganzen Erde verbreitet und weltbekannt gemacht wird, dessen zentrale Elemente Frieden, Freiheit, Harmonie, Stärkung der Lebenskraft, Schutz, Wachstum und Weisheit reflektieren, aufbauend wirken und sehr besänftigend und friedlich-positiven Schwingungen zum Durchbruch verhelfen, die effektiv Frieden, Freiheit und Harmonie vermitteln können! Wir wenden uns deshalb an alle vernünftigen Menschen

der Erde, an alle FIGU-Interessengruppen, FIGU-Studiengruppen und FIGU-Landesgruppen und damit an alle vernünftigen und ehrlich nach Frieden, Freiheit, Harmonie, Gerechtigkeit, Wissen und Evolution strebenden Menschen, ihr Bestes zu tun und zu geben, um das richtige Friedenssymbol weltweit zu verbreiten und Aufklärung zu schaffen über die gefährliche und destruktive Verwendung der <Todesrune>, die in Erinnerung an die NAZI-Verbrechen kollektiv im Sinn und Trachten der Menschen Charakterverlotterung, Ausartung und Unheil fördert, wie das leider auch nach dem Ende des letzten Weltkrieges 1939–1945 extrem bis in die heutige Zeit hineingetragen wird.

Spreading of the Correct Peace Symbol

The wrong peace symbol – the globally widespread “death rune” which has been fabricated from the Celtic Futhark runes or inverted Algiz rune – is the actual embodiment/quintessence of negative influences and evokes destructive swinging-waves regarding unpeace and hatred, revenge, vice, addictions and bondage, because for many human beings the “death rune” means reminiscence (memories) of the Nazi era, of death and ruin as well as ambitions concerning war, terror, destruction of human achievements, livelihoods as well as global evil unpeace.

Therefore it is of the utmost necessity that the wrong peace symbol, the “death rune”, disappears from the world and that the ur-ancient and correct peace symbol is spread and made known all-over the world, because its central elements reflect peace, freedom, harmony, strengthening of the life power, protection, growth and wisdom, have a constructive and strongly soothing effect, and help peaceful-positive swinging-waves to break through.

Therefore we appeal to all FIGU members, all FIGU Interessengruppen, Studiengruppen und Landesgruppen as well to all reasonable human beings, who are honestly striving for peace, freedom, harmony, fairness, knowledge and evolution, to do, and give, their best to spread the correct peace symbol worldwide and to bring forth clarification about the dangerous and destructive use of the “death rune”, which in memory of the Nazi crimes collectively furthers deterioration and neglect of character-“ausartung” and terribleness in the reflecting and striving of the human being, as this is still being extremely carried on after the end of the last world war 1939–1945 until the current time.

Autokleber

Größen der Kleber:

120x120 mm	= CHF	3.–
250x250 mm	= CHF	6.–
300x300 mm	= CHF	12.–

Bestellen gegen Vorauszahlung:

FIGU

Hinterschmidrüti 1225
8495 Schmidrüti
Schweiz

E-Mail, WEB, Tel.:

info@figu.org
www.figu.org
Tel. 052 385 13 10
Fax 052 385 42 89

IMPRESSUM

FIGU ZEITZEICHEN UND FIGU SONDER-ZEITZEICHEN

Druck und Verlag: FIGU Wassermannzeit-Verlag,

Semjase Silver Star Center, Hinterschmidrüti 1225, 8495 Schmidrüti, Schweiz

FIGU-ZEITZEICHEN erscheint zweimal monatlich

FIGU-Sonder-ZEITZEICHEN erscheint sporadisch

Wird auch im Internet veröffentlicht, auf der FIGU-Webseite: www.figu.org/ch

Redaktion: BEAM «Billy» Eduard Albert Meier /././ Telephon +41(0)52 38513 10 (7.00 h – 19.00 h) / Fax +41(0)52 385 42 89

Postcheck-Konto: PC 80-13703-3 FIGU Freie Interessengemeinschaft, 8495 Schmidrüti, Schweiz

IBAN: CH06 0900 0000 8001 3703-3,

Für CHF/EURO 10.– in einem Couvert, senden wir Ihnen/Dir 3 Stück farbige Friedenskleber der Grösse 120x120 mm = am Auto aufkleben.

E-Brief: info@figu.org

Internetz: www.figu.org

FIGU-Shop: <http://shop.figu.org>



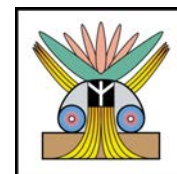
© FIGU 2022

Einige Rechte vorbehalten.

Dieses Werk ist, wo nicht anders

angegeben, lizenziert unter:

www.figu.org/licenses/by-nc-nd/2.5/ch/



Geisteslehre Friedenssymbol

Frieden

Wahrer Frieden kann auf Erden unter der Weltbevölkerung erst dann werden, wenn jeder verständige und vernünftige Mensch endlich gewaltlos den ersten Tritt dazu macht, um dann nachfolgend in Friedsamkeit jeden weiteren Schritt bedacht und bewusst bis zur letzten Konsequenz der Friedenswerdung zu tun.

SSSC, 10. September 2018, 16.43 h, Billy

Die nichtkommerzielle Verwendung ist daher ohne weitere Genehmigung des Urhebers ausdrücklich erlaubt.

Erschienen im Wassermannzeit-Verlag: FIGU, «Freie Interessengemeinschaft Universell», Semjase Silver Star Center,